

# **Das skandinavische Modell heute: ein Beispiel moderner keynesianischer Wirtschaftspolitik?**

**Theo Schewe**

**Høgskolen i Østfold  
Arbeidsrapport 2010:2**

Online-versjon (pdf)

Utgivelsessted: Halden

Det må ikke kopieres fra rapporten i strid med åndsverkloven og fotografiloven eller i strid med avtaler om kopiering inngått med KOPINOR, interesseorgan for rettighetshavere til åndsverk.

Høgskolen i Østfold har en godkjenningsordning for publikasjoner som skal gis ut i Høgskolens Rapport- og Arbeidsrapportserier.

Høgskolen i Østfold. Arbeidsrapport 2010:2

© Forfatteren/Høgskolen i Østfold

ISBN: 978-82-7825-315-1

ISSN: 1503-6677

# Das skandinavische Modell heute – ein Beispiel moderner keynesianischer Wirtschaftspolitik? <sup>1</sup>

**Theo Schewe**

Østfold University College

Faculty of Economics, Social Sciences and Languages

Remmen, N- 1757 Halden

E-Mail: [theo.schewe@hiof.no](mailto:theo.schewe@hiof.no)

## Inhalt

<b>1</b>	<b>EINLEITUNG</b> .....	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>ERFOLG UNTERSCHIEDLICHER ÖKONOMISCHER SYSTEME</b> .....	<b>4</b>
2.1	DIE NEUERE KAPITALISMUSFORSCHUNG .....	4
2.2	KOMPARATIVE ARBEITSMARKTFORSCHUNG .....	4
<b>3</b>	<b>PARADIGMEN UND DOKTRINEN IN DER MAKROÖKONOMISCHEN POLITIK NORWEGENS</b> .....	<b>5</b>
3.1	DOKTRINEN UND PARADIGMEN .....	6
3.2	THEORETISCHE GRUNDLAGEN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK VOR 1935 .....	6
3.3	DER GROßE PARADIGMENWECHSEL .....	7
3.4	RAGNAR FRISCH UND DIE ANFÄNGE DES NORWEGISCHEN MODELLS EINER KEYNESIANISCHEN ÖKONOMIE 7	7
3.5	DAS NORWEGISCHE MODELL 1945 - 1975: EINE SOZIALDEMOKRATISCH-KEYNESIANISCHE SYMBIOSE? ...	8
3.6	KORPORATIVE EINKOMMENS POLITIK .....	9
<b>4</b>	<b>EIN ZWEITER PARADIGMENWECHSEL AUFGRUND NEUER RAHMENBEDINGUNGEN .</b> 11	
4.1	DER SCHRITTWEISE WECHSEL .....	12
4.2	DIE 1980ER JAHRE – DAS NORWEGISCHE MODELL IN DER KRISE .....	13
4.3	KORPORATIVE EINKOMMENS POLITIK – DAS SCHWÄCHSTE GLIED IM NORWEGISCHEN MODELL? .....	14
4.4	DIE EINKOMMENSSTEUERREFORM 1992 .....	15
4.5	DIE SOLIDARITÄTSALTERNATIVE IN DEN 90ER JAHREN .....	15
<b>5</b>	<b>NEUE DOKTRINEN IN DER FINANZ- UND GELDPOLITIK</b> .....	<b>17</b>
5.1	SCHAFFUNG EINES STAATLICHEN ROHSTOFFFONDS 1996 .....	17
5.2	NEUE STRATEGIEN FÜR DIE FINANZ- UND GELDPOLITIK AB 2001 .....	18
<b>6</b>	<b>ENTGEHT NORWEGEN DEN AUSWIRKUNGEN VON GLOBALISIERUNG UND FINANZKRISE?</b> .....	<b>21</b>
	<b>QUELLENVERZEICHNIS</b> .....	<b>23</b>

---

<sup>1</sup> Ausgearbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages, gehalten auf der Tagung "KEYNES 2.0 – Perspektiven einer modernen keynesianischen Wirtschaftstheorie und Politik". Gemeinsame Tagung des Arbeitskreises Politische Ökonomie und der Keynes-Gesellschaft, vom 9. Bis 11. Oktober 2009 an der Hochschule Karlsruhe - Technik und Wirtschaft. Ich danke auch den Kollegen Roswitha King und Ulrich Heuberger für die sorgfältige Durchsicht des Manuskriptes und resultierende Korrekturvorschläge.

# 1 Einleitung

Die Anfänge der heute als „skandinavisches Modell“ bezeichneten Wirtschaftspolitik liegen in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts. Bereits damals wurden insbesondere in Schweden und Norwegen unter der politisch-ideologischen Führung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der wissenschaftlichen Unterstützung durch einheimische Ökonomen der „Stockholmer Schule“ bzw. „Osloer Schule“ eigenständige wirtschaftspolitische Konzeptionen entwickelt. Diese waren maßgeblich geprägt von der Adaption keynesianischer Wirtschaftstheorie, gingen aber gleichzeitig weit darüber hinaus. Von den einen bewundert, von den anderen kritisiert, erwies sich das skandinavische Modell im Zeitablauf als sowohl überlebensfähig wie auch anpassungsfähig an die sich drastisch ändernden Umweltbedingungen im Zuge der Internationalisierung und Globalisierung. Wir wollen in unserem Beitrag anhand des Beispiels Norwegen die Frage näher untersuchen, inwieweit die Wirtschaftspolitik auch heute noch wissenschaftlich begründet ist und dabei auf Kernelementen einer keynesianischen Wirtschaftstheorie und Politik basiert. Danach ließe sich dann der Frage nachgehen, ob und inwieweit es sinnvoll ist, das skandinavische Modell von heute auf andere Länder zu übertragen.

Norwegen ist zu einem der reichsten Länder in der Welt aufgestiegen. Seit mehreren Jahren rangiert die UNO in ihrem „Human Development Report“ Norwegen als die Nr. 1 in der Welt, gemessen am „Human Development Index“<sup>2</sup>.

Norwegen ist vom "Armenhaus Europas" noch im 19. Jahrhundert zum modernen skandinavischen Wohlfahrtsstaat aufgestiegen und ist heute eines der Länder mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Welt. Gleichzeitig weist das Land auch historisch gesehen eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten auf (siehe Abbildung 1). Das "norwegische Wunder" ist ein Resultat vieler unterschiedlicher Faktoren, exogener und endogener. Es ist letztlich das Resultat von Leistung und Glück, von „Verdienst und Vorsehung“.<sup>3</sup> Der wichtigste exogene Faktor sind die beträchtlichen Naturressourcen über die das Land verfügt, wie Wälder, Fisch, hydroelektrische Energie, Rohöl und Erdgas. Insbesondere sind die exorbitant hohen Einnahmen aus dem Erdölsektor in den letzten Jahren eine nicht zu übersehende Quelle für Wachstumswachstum und Einkommen gewesen. Die wichtigsten endogenen Faktoren, die Wirtschaftswachstum und Wohlstand erzeugen, sind jedoch spezielle politische und institutionelle Faktoren, insbesondere in der Zeit nach 1945. In den dreißiger Jahren, als das Land unter der Weltwirtschaftskrise litt, kam die sozialdemokratische Arbeiterpartei an die Regierung, und das wirtschaftspolitische Regime wurde durch die Adaption keynesianischer Wirtschaftstheorie geändert. Nach dem 2. Weltkrieg entwickelte man in Norwegen ein spezifisches Modell einer keynesianischen „mixed economy“, das von der sozialdemokratischen Regierung implementiert, auf den theoretischen Arbeiten von Wirtschaftswissenschaftlern der sogenannten "Oslo-Schule" beruhte und von den korporativen Arbeitsmarktparteien mitgetragen wurde. Der Kern dieses spezifischen norwegischen Modells einer "sozialdemokratischen politischen Ökonomie" war stets der Vorrang der Vollbeschäftigung als wirtschaftspolitisches Hauptziel. Weitere Kernelemente waren: Makroökonomische Planung mit kurz- und langfristigen Plänen, Niedrigzinspolitik durch direkte Regulierung der Kreditmärkte, zentrale Lohnverhandlungen, starke Arbeitnehmerverbände mit engen Verbindungen zur regierenden Arbeiterpartei. Starkes Gewicht wurde auf die Einkommenspolitik und Kooperation zwischen den

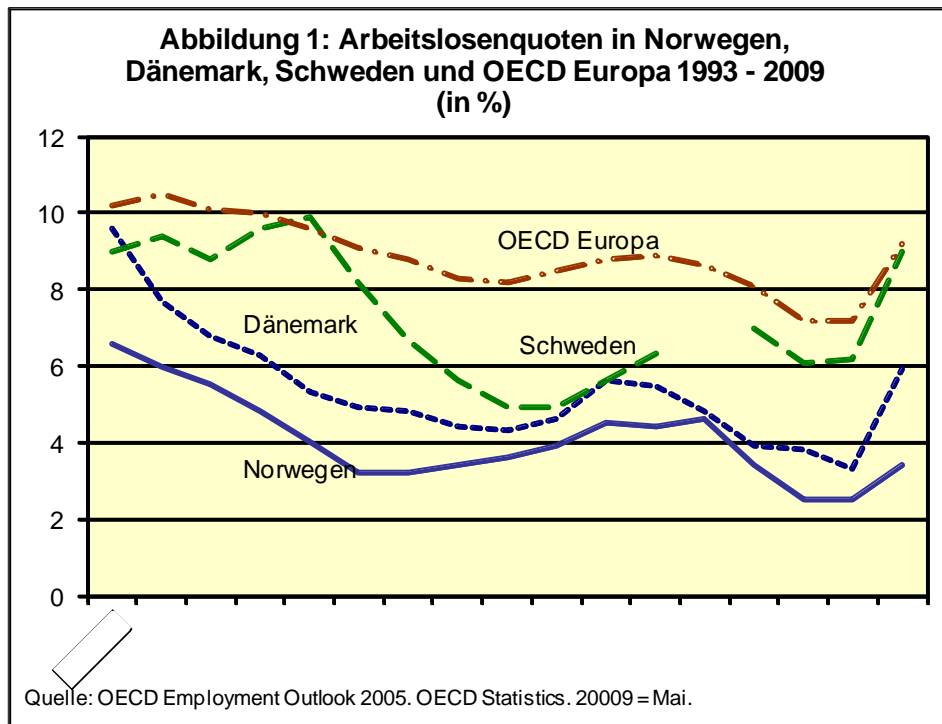
---

<sup>2</sup> UNDP 2009. Seit 2001 rangiert Norwegen als Nr. 1 gemäß dem Human Development Index.

<sup>3</sup> Larsen 2004:22.

Arbeitsmarktparteien gelegt. Dieser "korporative Kompromiss" ist stets ein ganz entscheidender Bestandteil der Norwegischen Wirtschaftspolitik gewesen. Von 1945 und bis zum heutigen Tag, ist der politische Konsensus ausschlaggebend dafür gewesen, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der exportabhängigen Wirtschaft erhalten und verbessert werden konnte ohne den sozialen Frieden zu gefährden. Während der siebziger und der achtziger Jahre kam dieses Politikregime jedoch unter Druck. Als die kleine, offene Volkswirtschaft Norwegens mehr und mehr integriert wurde in die globale Weltwirtschaft, änderte sich auch die wirtschaftspolitische Grundkonzeption stufenweise in Richtung auf verstärkte Deregulierung und Liberalisierung. Trotzdem, auch während der neunziger Jahre und in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts akzeptierte man weiterhin, dass die korporative Lohn- und Einkommenspolitik der Schlüsselfaktor zur Erhaltung der Vollbeschäftigung zu sein hatte, weil diese die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit im Exportsektor zu sichern hatte.

Können wir deshalb heute konstatieren, dass die Wirtschaftspolitik in Norwegen den neuen Rahmenbedingungen der Internationalisierung und Globalisierung angepasst wurde, aber gleichzeitig auch wesentliche Systemelemente einer keynesianischen Ökonomie erhalten hat, was ohne breiten gesellschaftlichen Konsensus nicht möglich gewesen wäre?



In diesem Artikel analysieren wir wichtige historische Ecksteine der politischen Ökonomie eines Landes, die hohen Wohlstand und ununterbrochenes Wirtschaftswachstum hervorgebracht haben.

Wir konzentrieren uns dabei auf wesentliche Änderungen in der makroökonomischen Politik und die begleitende akademische und politische Debatte. Diese Debatte ist auch nach über siebenzig Jahren noch immer darauf konzentriert, die Vollbeschäftigung in der kleinen, offenen Ökonomie durch Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nach außen und den öffentlichen Wohlfahrtsstaat nach innen zu erhalten, auch im Kontext von Globalisierung und internationaler Finanz- und Wirtschaftskrise.

## 2 Erfolg unterschiedlicher ökonomischer Systeme

Schon seit jeher beschäftigt sich die akademische Profession mit der Frage nach Erklärungsfaktoren zur unterschiedlichen Leistungsfähigkeit von Wirtschaftssystemen und wirtschaftspolitischen Konzeptionen. Hier seien nur zwei der zahlreichen Forschungsansätze gestreift.

### 2.1 Die neuere Kapitalismusforschung

Heute beschäftigt sich unter anderem auch die sogenannte Kapitalismusforschung mit der Frage nach der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit kapitalistischer Ökonomien.<sup>4</sup> Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen und kommunistischen Planökonomien richtet sich das Augenmerk auf die Frage, worin kapitalistische und marktwirtschaftliche Ökonomien sich in ihrer institutionellen Ausgestaltung unterscheiden und inwieweit dies auch „komparative Vorteile“<sup>5</sup> erzeugt und Unterschiede im Wirtschaftswachstum.<sup>6</sup> Diese neueren Ansätze einer „Wirtschaftssoziologie des Kapitalismus“ sowie der „New Institutional Economics“ möchten also die ökonomische Leistungsfähigkeit des Kapitalismus (und seiner Varianten) durch institutionelle, kulturelle, soziale und politische Faktoren erklären. „The key to positive economic performance is to structure human interaction to reward productive activity. Institutions are the incentive structure of societies, and therefore it is necessary to understand just ‚how they work‘ and why they work ‚imperfectly‘ ... Institutions are composed of formal rules, informal constraints and their enforcement characteristics.“<sup>7</sup> Aber auch schon früher beschäftigte sich die Wirtschaftsforschung mit der Typologie und dem Vergleich von Wirtschaftssystemen, wobei Untertypen marktwirtschaftlicher Systeme herausgearbeitet wurden, unter anderem wurden auch die skandinavischen Ökonomien typologisiert.<sup>8</sup> Im übrigen haben zahlreiche namhafte Soziologen und Ökonomen sich mit dem Phänomen des Kapitalismus als System im Zeitablauf beschäftigt, wie u. a. Karl Marx, Max Weber, Joseph Schumpeter, Friedrich Hayek, Milton Friedman, sowie auch Oliver Williamson, Douglas North.<sup>9</sup>

Allerdings beschäftigen sich diese neueren Studien zu Kapitalismusforschung nicht oder nur rudimentär mit den skandinavischen Wohlfahrtsökonomien.<sup>10</sup>

### 2.2 Komparative Arbeitsmarktforschung

In den 90er Jahren haben auch Arbeitsökonominnen sich der Frage zugewandt, warum das Ausmaß von Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern verschieden ist.<sup>11</sup> Auch die Frage, ob Korporatismus ein eigenes System ausmacht<sup>12</sup>, und positive Wirkungen hat, ist untersucht worden.<sup>13</sup> Norwegen gehört dabei zu der kleinen Gruppe von europäischen Ländern in der die durchschnittliche Arbeitslosigkeit auch in den 80er und 90er Jahren niedrig verblieb, in denen kein spürbarer „Hysteresis-Effekt“ eintrat nach Perioden höherer Arbeitslosigkeit. Es stellt sich die Frage: „How impressive is the actual Norwegian employment record? ... To what extent can the positive employment trend be attributed to

<sup>4</sup> Vgl. etwa Whitley (2002; 1999); Quack, Morgan & Whitley (2000); Morgan, Whitley & Moen (2005); North (1990; 2005); Amable & Petit (2001); Nee & Swedberg 2005.

<sup>5</sup> Hall and Soskice (2001).

<sup>6</sup> Eichengreen (1994).

<sup>7</sup> North 2005:42f.

<sup>8</sup> Vgl. etwa Gruchy 1977; Bornstein 1969; Eckstein (1971); Montias (1976); Neuberger & Duffy (1976); Wagner 1979.

<sup>9</sup> Siehe auch Swedberg 2005.

<sup>10</sup> Zu nennen wären hier skandinavische Soziologen, wie Esping-Andersen (2005, 1996) und Kuhnle (2002).

<sup>11</sup> Vgl. etwa Tachibanaki (1994); Layard, Nickell, Jackman (1991).

<sup>12</sup> Pryor (1988).

<sup>13</sup> Pekkarinen, Pohjola, Rowthorn (1992); Für Norwegen siehe auch Dølvik and Steen (1997).

the specific institutional frameworks of Norwegian labour markets and to what extent does it merely reflect Norway's favourable position as a „rentier“ oil-state?“<sup>14</sup> Offensichtlich ist die Antwort recht komplex. Interessant ist die Frage, ob Norwegen eine niedrigere langfristige Gleichgewichtsarbeitslosigkeit hat als andere vergleichbare Länder.<sup>15</sup>

Der Arbeitsmarkt in Norwegen hat auch – als Folge des wachsenden Wettbewerbsdrucks in der Globalisierung und der allgemeinen Deregulierung – kräftige Umstellungsprozesse durchlaufen, dazu liegen inzwischen auch Ergebnisse der Arbeitsweltforschung vor.<sup>16</sup> Diese zeigen u. a. einen hohen Grad an Flexibilität bei gleichzeitig relativ geringer empfundener Unsicherheit der Arbeitnehmer über ihren Arbeitsplatz als in anderen Ländern. Durch Umstellung betroffene Arbeitnehmer finden relativ rasch wieder einen neuen Arbeitsplatz aufgrund der guten Beschäftigungssituation im Zeitablauf.<sup>17</sup> Gleichzeitig beeinflussen Arbeitsplatzschutzregelungen und allgemeine wohlfahrtsstaatliche Güter die empfundene Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes.<sup>18</sup>

### **3 Paradigmen und Doktrinen in der makroökonomischen Politik Norwegens**

In Norwegen hat im Laufe der letzten 100 Jahre zweimal ein Paradigmenwechsel in Wirtschaftspolitik stattgefunden:

1. In den 1930er Jahren wurde der keynesianisch geprägte Interventionismus, getragen von den Arbeiten der Osloer Schule, zum wirtschaftspolitischen Leitbild und vorherrschenden Denkweise. Dazu gehörte auch eine real- und beschäftigungspolitisch ausgerichtete Geldpolitik und eine korporative Lohn- und Einkommenspolitik.
2. In den 1970er Jahren setzte dann - schrittweise - ein Paradigmenwechsel ein, indem Sektoren, die für die bisherige keynesianisch- sozialdemokratische Wirtschaftslenkung strategisch wichtig waren und deshalb staatlich regulierte Sektoren waren, schrittweise dereguliert wurden und dem Mechanismus des freien Marktes ausgesetzt wurden. Neoliberales Gedankengut wurde in gewissem Ausmaß aus dem Ausland importiert, und wirtschaftspolitische Strategien wurden neuen Umweltbedingungen angepasst. Vor allem akzeptierte man die fortschreitende Internationalisierung der Unternehmens- und Finanzsektoren im Zuge von Globalisierung und Liberalisierung als nicht beeinflussbare Umweltbedingung.

Auf der makropolitischen Ebene fand jedoch dieser zweite Paradigmenwechsel hin zu einer mehr marktkonformen, neoliberalen Politik nur teilweise statt. Die Konzeption der Geld- und Währungspolitik wurde grundlegend geändert. Der gesellschaftliche Primat der Vollbeschäftigung („Arbeit für alle“) im wirtschaftspolitischen Zielkatalog gilt weiterhin. Ebenfalls wird eine korporative Einkommenspolitik weiterhin praktiziert und von der breiten gesellschaftlichen Mehrheit akzeptiert.

---

<sup>14</sup> Dølvik and Steen (1997):3.

<sup>15</sup> Rødseth meint, dass die niedrige norwegische Arbeitslosigkeit der letzten drei Jahrzehnte zum grossen Teil makroökonomisch erklärt werden kann. „However, the possibility that Norway has a lower equilibrium unemployment rate is still open. More research is needed to determine this.“ Rødseth (1997):186.

<sup>16</sup> Heum u.a. 2006.

<sup>17</sup> S.a. Bratberg, Salvanes & Vaage 2006.

<sup>18</sup> Die empirischen Funde „präsentieren ein Gegengewicht zur Behauptung, dass wachsende Globalisierung die Bedeutung nationaler, institutioneller Verhältnisse abschafft. ... Es scheint so, dass die Wohlfahrtssysteme in den skandinavischen Ländern einen besseren Ausgangspunkt geben, um Flexibilität und Umstellung mit sozialer und ökonomischer Sicherheit zu kombinieren“. Olsen 2006:122f.

### 3.1 Doktrinen und Paradigmen

Ein Paradigma ist eine wissenschaftliche Denkweise, ein Denkansatz, mit Hilfe dessen die Wissenschaftler die Realität zu beschreiben und zu erklären versuchen.<sup>19</sup>

Als Doktrin bezeichnet man gerne eine Zusammenstellung von Ansichten und Aussagen, die nicht unbedingt wissenschaftlich begründet sein müssen, sondern als Ausfluss politischer Überzeugung, aufbauend auf politischen Leitgedanken, Grundüberzeugungen und Ideologien, den Anspruch von Allgemeingültigkeit erheben. Ökonomisch-politische Doktrinen sind Bestandteil des Systems ökonomischer Institutionen in einer Ökonomie. Neben formellen Institutionen wie Gesetze, Regelungen und Bestimmungen fungieren Doktrinen als „informelle Institutionen“ der Wirtschaftslenkung.

So identifiziert etwa Skånland in der Wirtschaftspolitik Norwegens nach dem 2. Weltkrieg zumindest zwei „Doktrinen“, die große Bedeutung hatten: Die Verantwortung des Staates für die Vollbeschäftigung, und das politische Ziel niedriger und stabiler Kreditzinsen. Beide Doktrinen sind mit dem Paradigma der Neoklassik und des Neoliberalismus nicht vereinbar, weil sie gemäß der marktwirtschaftlichen Logik zwangsläufig zu allokativen Fehlanpassungen führen müssen, und laut Skånland „von bedeutendem Schaden für die Anpassungsfähigkeit der norwegischen Wirtschaft gewesen sind“.<sup>20</sup>

Tatsächlich brach die Niedrigzins-Doktrin in Norwegen dann auch im Verlaufe der Liberalisierung und marktwirtschaftlichen Öffnung der norwegischen Wirtschaft in den 70er und 80er Jahren zusammen.<sup>21</sup> Inwieweit auch die Vollbeschäftigungs-Doktrin zusammengebrochen ist, ist eine interessante Frage. Wir konnten dies aber nicht belegen.

Im folgenden wollen wir aufzeigen, dass - durch das Zusammenwirken besonderer ökonomischer, wissenschaftlicher und politischer Faktoren – die institutionelle und programmatische Ausgestaltung der staatlichen Wirtschaftspolitik in Norwegen ab Mitte der 1930er einen eigen Weg einschlug, auch vergleichbar mit den anderen westeuropäischen Ländern. Erst mit dem Einsetzen fortschreitender Globalisierung ab den 1970er Jahren geriet das herrschende Paradigma einer plan- und steuerbaren kleinen offenen Volkswirtschaft unter starken Druck. Schrittweise wurde deshalb die wirtschaftspolitische Konzeption den neuen Umweltbedingungen angepasst, wobei zum einen neoliberales Gedankengut an Popularität gewann, andererseits jedoch wichtige Ecksteine des alten Paradigmas bestehen bleiben sollten.

### 3.2 Theoretische Grundlagen der Wirtschaftspolitik vor 1935

Bis 1935 war die Wirtschaftspolitik von Idealen des Wirtschaftsliberalismus geprägt, getragen von bürgerlichen Regierungen. Geldwertstabilität war das primäre Ziel.

Die Nachkriegsdepression wurde durch eine kontraktive Geld- und Zinspolitik verstärkt. Auch Norwegen kehrte im November 1920 zur alten Goldparitätspolitik zurück. Die deflationäre Geldpolitik wurde von Osloer Universitätsökonomern verteidigt<sup>22</sup>: Gemäß der Quantitätstheorie sollte eine Verringerung der Geldmenge die Preise senken und damit die Kaufkraft der heimischen Währung stärken. Nach der Kaufkraftparitätentheorie sollte dann auch der Außenwert der Währung steigen, im Verhältnis zum Gold und anderen Währungen. Die in Norwegen benannte „Paripolitik“ brachte hohe soziale Kosten in Gestalt von Arbeitslosigkeit, Unternehmenskonkursen und Banken Krisen.

---

<sup>19</sup> Kuhn 1962. Laut Kuhn gibt ein Paradigma dem Wissenschaftler eine Karte sowie das Werkzeug zur Erstellung einer solchen Karte. Ein Paradigma inkorporiert Theorien, Methoden und Standards (Kuhn 1962:109.)

<sup>20</sup> Skånland 2004:8.

<sup>21</sup> Doktrinen (als informelle Institutionen) brechen zusammen, wenn formelle Institutionen als die institutionellen Voraussetzungen zu Einhaltung von Doktrinen nicht mehr gegeben sind. Vgl. ebenda.

<sup>22</sup> Hanisch, Sjøilen, Ecklund 1999:68.



### 3.3 Der große Paradigmenwechsel

Mit der Weltwirtschaftskrise 1929-1932 kam auch in Norwegen der Glaube an die Selbstregulierungskraft der Marktwirtschaft, und damit die Glaubwürdigkeit der klassischen und neoklassischen Ökonomik ins Schwanken. Mit John Maynard Keynes<sup>23</sup> und der „Keynesianischen Revolution“ fand ein Paradigmenwechsel in der Wirtschaftstheorie statt, der auch die Wirtschaftspolitik vieler Staaten beeinflusste. Keynes' „General Theory“ entwarf das Modell einer „mixed economy“ mit einem wirtschaftspolitisch aktiven Staat, der durch aktive Nachfragepolitik die in sich instabile Marktwirtschaft stabilisieren kann.

Norwegen ging jedoch einen eigenen Weg, der schließlich nach dem zweiten Weltkrieg zu einem eigenen „norwegischen Modell“ einer keynesianischen mixed economy mit makroökonomischer Planung führen sollte.

Zum einen begann die Diskussion über ein neues Paradigma der Wirtschaftspolitik bereits 1933. Zum zweiten waren es - neben einem gewissen Einfluss, den die Theorie von Keynes auch in Norwegen ausübte - norwegische Ökonomen, welche die neue Politik maßgeblich mit begründeten. Zum dritten wurde in Norwegen bereits ab 1935 die sozialdemokratische Partei zusammen mit dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund LO zur treibenden politischen Kraft. Schließlich war Norwegen auch das westeuropäische Land, das mit der Realisierung einer gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung, der politischen Unterordnung der Zentralbank und damit der Geldpolitik, sowie der bewussten Anwendung einer korporativen Einkommenspolitik am weitesten in Richtung auf eine staatliche Regulierung der Wirtschaft ging. Wir können sagen, dass hier ein radikal-keynesianisches Theorieverständnis mit einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik verbunden wurde.

### 3.4 Ragnar Frisch und die Anfänge des norwegischen Modells einer keynesianischen Ökonomie

Der norwegische Nationalökonom und Nobelpreisträger Ragnar Frisch (1895 - 1973) erlangte eine herausragende nationale und internationale Bedeutung. Im nationalen Zusammenhang wird gar von der "Frisch-Revolution" (Zeitraum 1930-1950) gesprochen, die eine "Osloer Schule" hervorbrachte.<sup>24</sup>

Die Osloer Schule entwickelte das theoretische und empirische Fundament für das norwegische Modell einer keynesianischen Planökonomie. Frisch selbst begründete bereits 1933/34 eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei<sup>25</sup>. Unter dem politischen Schutz der Regierung bevölkerten ganze Generationen keynesianisch denkender und ökonometrisch geschulter Absolventen der Universität Oslo die Zentralen wirtschaftspolitischen Macht: Finanzministerium, Zentralbank und Statistisches Amt. Ohne den Beitrag der "Osloer Schule" schmälern zu wollen, muss man feststellen, dass es Keynes war, der die makroökonomische Theorie zur Begründung einer aktiven Beschäftigungspolitik lieferte, während Frischs Theorie der "Kreislaufregulierung" eher als

---

<sup>23</sup> Keynes 1936.

<sup>24</sup> Bergh und Hanisch 1984, S. 147f. International ist der Nobelpreisträger Frisch mehr bekannt für seine wirtschaftstheoretischen und vor allem methodischen Beiträge, sowie als Mitbegründer der Econometric Society und Herausgeber der Zeitschrift "Econometrica" (Vgl. insbesondere Andvig 1985), als für seine "Pionier"rolle auf dem Gebiet der "Economic Planning" und der "Konstruktion makroökonomischer Entscheidungsmodelle" (Johansen 1974 II, S. 541). Abgesehen von einigen norwegischsprachigen Beiträgen (u.a. Andvig 1985, Nordvik 1977, Bergh/Hanisch 1984) ist Frisch's Einfluß auf die Entstehung des norwegischen Modells wenig rezipiert worden.

<sup>25</sup> Die Arbeiterpartei wurde zur staatstragenden Partei. Sie übernahm in 1935 die Regierungsmacht, die sie bis 1965 mit absoluter Mehrheit und danach, mit einzelnen Unterbrechungen, als Minderheitenregierung alleine oder in einer Koalitionsregierung bis heute innehat.

taxonomisch<sup>26</sup> zu bezeichnen ist. Frischs engagiertes politisches Plädoyer für einen staatlichen Interventionismus und die hieraus entstandenen makroökonomischen Planungsmodelle waren entscheidend für die Institutionalisierung des Keynesianismus als reale wirtschaftspolitische Konzeption. So gesehen repräsentiert das norwegische Modell eine "Keynes-Frisch-Synthese".

In diesem Zusammenhang liefern geschichtliche Rückblicke wichtige Erklärungsmomente: Norwegen war von der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre hart betroffen. Die Arbeitslosigkeit hatte in 1933 mit 33,4% im Jahresdurchschnitt ihren höchsten Stand.<sup>27</sup> Es war in der Konfrontation mit dieser Krise, dass die norwegische Arbeiterpartei sich wirtschaftspolitisch neu orientierte auf der Grundlage des Wahlslogans "Arbeit für das ganze Volk!".

### 3.5 Das norwegische Modell 1945 - 1975: eine sozialdemokratisch-keynesianische Symbiose?

Das "Norwegische Modell"<sup>28</sup> der Politischen Ökonomie eines entwickelten kapitalistischen Landes verkörperte über 30 Jahre den "Sozialdemokratischen Staat", vielleicht sogar das "beste Beispiel für eine sozialdemokratische Ökonomie".<sup>29</sup>

Keynesianische Stabilisierungspolitik und makroökonomische Planung verkörperten synonyme Begriffe der eigenen wirtschaftspolitischen Konzeption einer Art "sozialdemokratisch-keynesianischen Symbiose"<sup>30</sup>:

Die inhärente Instabilität des privatwirtschaftlichen Sektors und die Unvollkommenheiten einer freien, unkontrollierten Marktallokation bilden die Legitimation für einen dauerhaften staatlichen Interventionsbedarf zur Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (*Keynesianische Dimension*).

In einer "sozialdemokratischen Ökonomie" tragen Staat und Regierung die Verantwortung für Formulierung und Ausführung der gesamtwirtschaftlichen Ziele über die Grundlinien der Allokation, Verwendung und Verteilung des Sozialproduktes. (*Sozialdemokratische Dimension*).

Operativ manifestiert sich die keynesianische Dimension auch im Instrument der makroökonomischen Planung, die sozialdemokratische Dimension im Instrument der korporativen Einkommenspolitik.

Politisch und institutionell manifestiert sich das norwegische Modell im Primat des Vollbeschäftigungsziels als Verfassungsgebot<sup>31</sup>, der Unterordnung der Geldpolitik unter das Vollbeschäftigungsziel, sowie einer an Wachstum und Vollbeschäftigung orientierten korporativen Einkommenspolitik<sup>32</sup>.

Eine Gewaltenteilung zwischen Regierung und Zentralbank nach deutschem Muster wurde im norwegischen Modell nicht akzeptiert.

---

<sup>26</sup> Andvig 1985, S. 304ff.

<sup>27</sup> Hodne 1983, S. 25. Gemessen als Arbeitslosenquote bei den registrierten Gewerkschaftsmitgliedern.

<sup>28</sup> Zum Begriff vgl. etwa Mjøset 1986.

<sup>29</sup> Lafferty 1986; Gruchy 1977, S. 251.

<sup>30</sup> Scharpf 1987, S. 42f.

<sup>31</sup> Der Primat des Vollbeschäftigungsziels wurde 1933 manifestiert und bis heute nie aufgegeben. Er beruht auf breitem gesellschaftlichem Konsens und überdauerte auch spätere Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik. Der 1954 geschaffene Artikel 110 des norwegischen Grundgesetzes sagt: "Die Regierung ist verpflichtet, die Verhältnisse dafür zu schaffen, dass jeder arbeitstüchtige Mensch sich sein Auskommen aus seiner Arbeit schaffen kann."

<sup>32</sup> Die grundsätzliche Koordination zwischen staatlicher Geld- und Finanzpolitik und der gewerkschaftlichen Lohnpolitik bezeichnet Scharpf als "korporatistischen Keynesianismus". Scharpf 1987, S. 207.

Die skandinavischen Volkswirtschaften Norwegens wie auch Schwedens waren in diesem Sinne über lange Zeit Realsysteme sozialdemokratischer Planökonomien, wobei Norwegen wohl dem damaligen Idealmodell recht nahe kam.<sup>33</sup>

Zu den wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Umweltbedingungen<sup>34</sup> gehörte damals und gehört bis heute eine politische Kultur der „Politics of Compromise“, welche wiederum voraussetzt, dass Wertvorstellungen und Normen der gesellschaftlichen Gruppen und Parteien hinreichend homogen sind. Soll eine korporative Einkommenspolitik funktionieren, muss es zudem starke Organisationen und zentrale Lohnverhandlungen geben.

### 3.6 Korporative Einkommenspolitik

Von vielen wird darauf hingewiesen, dass die korporative Lohn- und Einkommenspolitik<sup>35</sup> in Norwegen entscheidend dazu beigetragen hat, eine relativ stetige Entwicklung unter Beibehaltung der Vollbeschäftigung zu gewährleisten.<sup>36</sup>

Paradigmatisch beruht der „korporative Dialog“<sup>37</sup> und der Kompromisswille der Arbeitsmarktparteien auf zwei Faktoren: (1) einem gemeinsamen wirtschaftstheoretischen Verständnis der Parteien von der Funktionsweise der Ökonomie, und (2) auf der gemeinsamen Akzeptanz übergeordneter wirtschaftspolitischer Ziele, primär dabei des Ziels der Erhaltung der Vollbeschäftigung.

Der norwegische Korporatismus in der Einkommenspolitik beruht auf grundlegender Einigkeit über die Funktionsweise und die makroökonomischen Rahmenbedingungen einer kleinen, offenen Volkswirtschaft: die relative Wettbewerbsfähigkeit des export- und importkonkurrierenden Industriesektors muss gesichert werden, damit Arbeitsplätze erhalten werden. Deshalb muss dieser Sektor lohnführend sein, und die Lohnerhöhungen in diesem Sektor müssen gleichzeitig an die Produktivitätsentwicklung und die Preissteigerungsraten im Ausland gekoppelt werden. Dies ist der Kern des so genannten „Skandinavischen Modells der Einkommenspolitik in einer kleinen offenen Volkswirtschaft“ (Aukrust-Modell).<sup>38</sup>

Kernelemente des norwegischen Modells der korporativen Einkommenspolitik sind:

- Der Gewerkschaftsbund propagiert eine „solidarische Lohnpolitik“: gemäßigte Lohnsteigerungen sichern Arbeit für alle.
- Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind am Kompromiss interessiert. Die Arbeitgeber akzeptieren verteilungspolitische Ziele der Arbeitnehmer als Gegenleistung für Lohnmäßigung auf Gewerkschaftsseite.
- Der dem internationalen Wettbewerb ausgesetzte Industriesektor soll lohnführend sein.
- Oft ist auch die Regierung – teilweise als Dialog- und teilweise als Verhandlungspartner – an den Lohnrunden beteiligt, im Regelfall durch Zugeständnisse im Bereich von Steuern, Transferleistungen, Rentenversicherung als Gegenleistung für gemäßigte Lohnabschlüsse der Parteien.

---

<sup>33</sup> Gruchy 1977, S. 251.

<sup>34</sup> Siehe Schewe 1989.

<sup>35</sup> Korporative Lohn- und Einkommenspolitik in einem demokratisch-marktwirtschaftlichen System hat drei Wesensmerkmale: (1) Der Staat nimmt als dritter Part an den Lohn- und Tarifverhandlungen teil, (2) mit dem Ziel, Interessengegensätze durch gemeinsames Problembewusstsein und Kompromisse zu lösen. (3) Durch diesen korporativen Dialog nehmen auch die Tarifparteien an der Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik teil.

<sup>36</sup> Siehe u.a. Frøland 1997, und dort angegebene Literatur. Auch im internationalen Kontext wird die positive Wachstumsentwicklung nach 1945 u.a. mit gemäßigter Lohnpolitik erklärt. Siehe u.a. Eichengreen 1994.

<sup>37</sup> Frøland 1997:194. Siehe auch Nordby 1994.

<sup>38</sup> Aukrust 1977.

- Die Regierung behält sich das Recht vor, in andauernde Lohnkonflikte mit Zwangsschlichtung einzugreifen.<sup>39</sup>
- Institutionalisierung im sogenannten „Kontaktausschuss der Regierung“, in dem die Tarifparteien mit der Regierung die lohn- und einkommenspolitische Lage erörtern<sup>40</sup> und dem „Ausschuss für Einkommenschätzungen“<sup>41</sup>

Das Aukrust-Modell ist ein 2-Sektoren-Modell und gibt, normativ interpretiert, eine Leitnorm für eine beschäftigungsneutrale Lohnpolitik:<sup>42</sup>

$$(1) \Delta w = \Delta p k^* + \Delta v + \Delta z k$$

Die jährliche nominale Lohnsteigerungsrate ist bestimmt durch die Summe aus Preissteigerungsrate im ausländischen Wettbewerbssektor, relativer Abwertung der heimischen Währung, sowie Produktivitätswachstum im inländischen Wettbewerbssektor. Die beschäftigungsneutrale Preissteigerungsrate im Inland wird dann endogen bestimmt, wobei auch das Produktivitätsgefälle zwischen dem inländischen Wettbewerbssektor und dem „geschützten Sektor“, sowie die Gewichtung der zwei Sektoren am Preisindex  $\pi$  an einen Einfluss haben:

$$(2) \pi = \Delta p k^* + \Delta v + (1-\alpha) (\Delta z k - \Delta z s)$$

Die abgeleitete inländische Inflationsrate ist gleich der Summe aus ausländischer Preissteigerung, relativer Abwertung der heimischen Währung und Differenz des Produktivitätswachstums in den beiden Sektoren, gewogen mit dem relativen Gewicht des geschützten Sektors am allgemeinen Konsumpreisindex.

Das Modell in seiner ursprünglichen Variante basierte auf einem Regime einer an stabilen Wechselkursen anstatt stabiler Inflationsrate orientierten Geldpolitik.

Das korporative System wurde oft kritisiert und totgesagt. Insbesondere in Aufschwungphasen war es schwierig, mäßige Lohnforderungen durchzusetzen. Gleichzeitig wuchsen Lohnempfängergruppen in privaten und öffentlichen Dienstleistungssektoren heran, denen das realwirtschaftliche Verständnis von den Wettbewerbsbedingungen einer kleinen offenen Volkswirtschaft fehlte.

Auch in Norwegen übernahm man im Zuge der fortschreitenden Globalisierung neoliberales Gedankengut, in dem dezentrale Lohnbildung in den Unternehmen anstelle zentraler Verhandlungen zwischen mächtigen Organisationen propagiert wurde. Deshalb wurde auch das Tarifsysteem im Laufe der 90er Jahre durch Mechanismen dezentraler Lohnverhandlungen ergänzt, sowohl im privaten wie auch öffentlichen Sektor. Andererseits herrscht aber bis heute weiterhin hohe Akzeptanz für den korporativen Dialog und für die Notwendigkeit einer

<sup>39</sup> Bis 1980/81 waren auch direkte Kontrollen in Form von Preisregulierungen, Preisstops und sogar Lohnstops in einzelnen Perioden Bestandteil der Einkommenspolitik.

<sup>40</sup> Der Kontaktausschuss wurde 1966 errichtet, hatte aber bereits Vorläufer in ähnlichen korporativen Ausschüssen nach Ende des 2. Weltkrieges. Im Ausschuss sind die großen wichtigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im privaten und öffentlichen Sektor, die für die Wirtschaftspolitik wichtigen Minister sowie die Wirtschaftsverbände der Landwirtschaft und Fischerie vertreten, und er wird vom Premierminister geleitet. Vgl. etwa Statsministerens kontor (2005).

<sup>41</sup> Der ebenfalls paritätische Ausschuss („Det tekniske beregningsutvalg“) erstellt zweimal jährlich ein umfangreiches Gutachten über die einkommenspolitischen Rahmendaten der norwegischen Wirtschaft – jeweils vor und nach den Tarifverhandlungen. Alle maßgeblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie Vertreter von Ministerien und Wissenschaft sind darin vertreten. Vgl. etwa Arbeids- og sosialdepartementet 2005.

Gemäß dem Mandat soll der Ausschuss „im Zusammenhang mit den Lohnrunden das best mögliche zahlenmäßige Hintergrundmaterial vorlegen und in einer solchen Form präsentieren, dass Uneinigkeit über die wirtschaftlichen Rahmendaten zwischen den Parteien so weit wie möglich umgangen werden kann... Der Ausschuss soll (auch) einen zusammenfassenden Bericht nach den Lohnrunden vorlegen.“ Ebenda.

<sup>42</sup> Für eine neuere Fassung des Modells siehe Norges Bank 2002.

gemäßigten, auf die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gerichteten Lohnpolitik. Dies wurde in der „Solidaritätsalternative“ in den 90er Jahren noch einmal verwirklicht (siehe Abschnitt 4.5). Nachdem 2001 die Geldpolitik auf das Ziel einer niedrigen Inflationsrate umgestellt wurde, und die darauf einsetzende Hochzinspolitik der Zentralbank den Wechselkurs der norwegischen Krone nach oben trieb, verschwanden in kurzer Zeit zahlreiche Industriearbeitsplätze. Arbeitgeber- und Gewerkschaftsverband zeigten erneut Einigkeit im makroökonomischen Krisenverständnis. Die darauf vorgenommene Kehrtwendung in der Zinspolitik wurde flankiert von moderaten Tarifrunden im Sinne des korporativen Kompromisses (siehe Abschnitt 5.2).

Auch das Aukrust-Modell dient heute weiterhin bei Tarifrunden als theoretische Grundlage, jedoch in abgewandelter Form, welche der „neuen“, am Inflationsziel orientierten Geldpolitik Rechnung trägt:

Leitnorm für eine beschäftigungsneutrale Lohnpolitik ist nunmehr:<sup>43</sup>

$$(3) \Delta w = \pi + \alpha \Delta z k + (1-\alpha) \Delta z s$$

Die jährliche nominale Lohnsteigerungsrate wird gegeben durch die Summe der politisch festgelegten heimischen Inflationsrate und des gewogenen Durchschnittes von Produktivitätswachstum im inländischen Wettbewerbssektor und im geschützten Sektor. Da nunmehr die Inflationsrate exogen bestimmt ist, wird im Modell die – beschäftigungsneutrale - Abwertungsrate der inländischen Währung endogen bestimmt:

$$(4) \Delta v = \pi - \Delta p k^* - (1-\alpha) (\Delta z k - \Delta z s)$$

Unter der vereinfachten Annahme von relativ gleichen sektoralen Gewichten im Konsumpreisindex sowohl im Inland wie Ausland, sowie gleichen Produktivitätswachstums wird die Änderungsrate der norwegischen Währung endogen bestimmt durch die Differenz von heimischer und ausländischer Inflationsrate:

$$(5) \Delta v = \pi - \pi^*$$

Solange das norwegische geldpolitische Inflationsziel mit 2 ½ Prozent höher als das durchschnittliche Inflationsziel bei den Handelspartnern (ca. 1 ¾ - 2 %) liegt, ist auf längere Sicht mit einer jährlichen Abwertungsrate von ½-¾ % zu rechnen.

## 4 Ein zweiter Paradigmenwechsel aufgrund neuer Rahmenbedingungen

Um einen zweiten Paradigmenwechsel in Norwegen identifizieren zu können, müssen wir herausfinden, ob wesentliche Elemente der oben erörterten „sozialdemokratisch-keynesianischen Ökonomie“ geändert, abgeschafft und gegebenenfalls durch andere Elemente ersetzt wurden. Zu solchen Elementen gehören wirtschaftspolitische Ziele, Doktrinen und Leitzätze sowie Instrumente.

Wir meinen, dass tatsächlich ein Paradigmenwechsel vollzogen wurde, dass dieser aber schrittweise und nur teilweise geschah. Einige Elemente wurden geändert, andere blieben erhalten.

Gleichzeitig mit wichtigen Änderungen im stabilisierungspolitischen Regime entwickelte auch Norwegen sich seit Mitte der 70er Jahre zu einer Rohstoffökonomie, in der die ausschließlich exportorientierte Erdöl- und Gasproduktion inzwischen den größten Wirtschaftszweig darstellt.

Neben der Frage des „ob“ steht auch die Frage, weshalb der Wandel vollzogen wurde: Waren es geänderte Umweltbedingungen im Inneren, oder wurde der Wandel erzwungen durch

---

<sup>43</sup> Norges Bank 2002.

veränderte Umweltbedingungen im internationalen Umfeld? Letzteres wirft die Frage auf, inwieweit sich das norwegische Modell an die neuen Rahmenbedingungen der Internationalisierung und Globalisierung anzupassen hatte und wie dies geschah.

#### 4.1 Der schrittweise Wechsel

Die kleine offene Ökonomie Norwegens wurde von der weltwirtschaftlichen Entwicklung in den 70er Jahren nicht verschont. Im Vorgriff auf die anlaufenden und erwartungsgemäß steigenden Erdöleinnahmen wurde eine antizyklische keynesianische Beschäftigungspolitik betrieben, sodass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der 1970er Jahre in Norwegen weitaus günstiger verlief als in den übrigen europäischen Ländern. Bei 5 % jährlichem Wachstum blieb die Arbeitslosigkeit niedrig bis in die 1980er Jahre, während die Beschäftigung gleichzeitig zunahm. Die steigende Erwerbszahl wurde bei gleichzeitigem Rückgang der Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie vom öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor absorbiert.

**Tabelle 1: Stufen des zweiten Paradigmenwechsels:**

1977	Aufhebung der Zinsnormen, wird erstattet mit sog. „Zinsvorgaben“ (renteerkläringer) der Regierung.
1980	Enquete Kommission schlägt Abschaffung der Zins- und Kreditsteuerung vor.
1983	Enquetekommission schlägt Abschaffung der Kreditrationierung vor. Teilweise Lockerung der Kreditsteuerung.
1984	Weitere Lockerung der Kreditsteuerung.
1985	Aufhebung der „Zinsvorgaben“ und damit formelle Freigabe der Zinsfestsetzung bei Banken und Kapitalversicherungsgesellschaften.
1986	Regierungskrise. Neue Regierung beschließt am 11. Mai eine Abwertung der Krone um 12 % und bindet die Geldpolitik der Zentralbank an das Ziel der Wechselkursstabilität.
1986	Im Dezember weitere Lockerung der Kreditsteuerung.
1987	Endgültige Aufgabe der Kreditsteuerung.
1987	Das offizielle „Kreditbudget“ im Nationalbudget wird abgeschafft und erstattet mit einer Zielvorgabe für die Zuwachsrate des inländischen Kreditangebotes.
1989	Enquetekommission schlägt die Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen sowie eine Mitgliedschaft Norwegens im Europäischen Währungssystem (EMS) vor.
1990	Letzte Bestimmungen für Kapitalverkehrskontrollen werden aufgehoben.
1992	Reform der Einkommenssteuer .
2001	Einführung einer regelgebundenen Finanzpolitik. Begrenzung des Budgetsaldos durch die Kapitalerträge des Petroleumfonds.
2001	Neuorientierung der Geldpolitik: Übergang vom Ziel der Wechselkursstabilität zum Ziel der Preisstabilität.
2003	Das Gesetz über die Regulierung der Geld- und Kreditangelegenheiten von 1965 wird formell aufgehoben.

Weltrezession und gleichzeitiger Ausbau der Erdölförderung in siebziger Jahren brachten Norwegen eine gespaltene Konjunktur für den Offshore-Sektor einerseits und den übrigen „Festlands“-Industriesektor andererseits.<sup>44</sup> Die erste Phase des Erdölbooms führte zu hohen Reallohnzuwachsen und starkem Wachstum des privaten Verbrauchs. Verstärkt durch eine expansive, antizyklische Konjunkturpolitik 1975/1976 läuteten hohe Leistungsbilanzdefizite 1976/77 und Verschlechterung der Wettbewerbsposition der Festlandsindustrie sowie Spekulationen gegen die norwegische Krone den Anfang vom Ende des bisherigen Modells der Wirtschaftspolitik ein. Zentrale Doktrinen sollten fallen.

Im Laufe der kommenden acht Jahre wurde die Niedrigzinspolitik durch direkte Zinsregulierung und Steuerung der Kreditmärkte schrittweise aufgegeben (siehe Tabelle 1).

<sup>44</sup> Vgl. Bjerkholt und Offerdal 1985, S. 28ff.

Der erste wichtige Schritt war die Aufhebung der sogenannten „Zinsnorm“ im Dezember 1977, die die Banken zur Einhaltung fester, niedriger Zinsen verpflichtet hatte. Einstimmig schlug eine Enquete-Kommission<sup>45</sup>, der auch Anhänger der früheren Niedrigszinspolitik angehörten, vor, die direkte staatliche Regulierung niedriger Zinsen, „ein Dogma in der norwegischen Wirtschaftspolitik“, abzuschaffen und durch freie Zinsbildung und freie Kreditmärkte zu ersetzen. „Die Konklusion zeigte eindeutig in Richtung auf einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik.“<sup>46</sup> Der Zins sollte nicht weiter als Instrument der Kreditallokation, sondern als Instrument der Konjunkturpolitik benutzt werden.<sup>47</sup> 1983 schlug eine neue Enquetekommission vor, die direkte Kreditsteuerung abzuschaffen und die Geldpolitik auf die Steuerung des Geldangebotes auszurichten.<sup>48</sup> Dieser Prozess verlief jedoch recht turbulent und wurde u.a. von der OECD kritisiert.<sup>49</sup> Die Aufhebung der Zinsleitlinien 1985 und der Verzicht auf direkte Kreditbegrenzungen bedeutete das Akzeptieren freier Kreditmärkte mit variablen Zinsen.<sup>50</sup> Mit dem Wechsel von der stabilisierungs-, wie auch allokatons- und verteilungspolitisch motivierten Politik niedriger und stabiler Zinsen und der direkten Kreditsteuerung hin zur wechselkurs- und damit letztlich *stabilitätspolitisch* orientierten Geldpolitik, bei der die inländischen Zinsen keinen autonomen wirtschaftspolitischen Parameter mehr darstellten, sondern dem internationalen Zinszusammenhang folgten, war wirklich ein radikaler Paradigmenwechsel vollzogen. Die Abkehr von der Politik der stabilen, niedrigen Zinsen bedeutete auch den Verzicht auf ein wichtiges Instrument der Einkommens- und Verteilungspolitik.

## 4.2 Die 1980er Jahre – das norwegische Modell in der Krise

In Verlaufe der 80er Jahre geriet die sozialdemokratisch-keynesianische Ökonomie Norwegens in ihre bisher tiefste Krise der Nachkriegszeit, insbesondere gemessen an ihrem wichtigsten Leistungsindikator, der Vollbeschäftigung.

Zum Jahreswechsel 1989/1990 überschritt die offene Arbeitslosigkeit die magische Zahl von 100 000 und war damit höher als jemals zuvor nach dem 2. Weltkrieg. Die Krise war "hausgemacht" und vornehmlich Folge von bedeutenden Änderungen in der wirtschaftspolitischen Konzeption in den vorangegangenen Jahren<sup>51</sup>, sowie Folge einer verzögerten Strukturanpassung der inzwischen vom Rohstoffexport (Erdöl und Erdgas) abhängig gewordenen Ökonomie. Der drastische Fall der Erdölpreise zum Jahreswechsel 1985/86 brachte allen die strukturellen Probleme der Rohstoffökonomie vor Augen. Eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik, kombiniert mit gesetzlichen Lohn- und Einkommensbegrenzungen 1987-1989 mussten die überhitzte Inlandsnachfrage abbremsen.<sup>52</sup> Die Zunahme der Arbeitslosigkeit wurde durch eine umfassende Arbeitsmarktpolitik gedämpft.

Eine weitere Änderung in der Wirtschaftspolitik musste erfolgen: Die Geld- und Kreditpolitik wurde ab 1986, nach einer letztmaligen Abwertung der Norwegischen Krone, strikt am Ziel der Wechselkursstabilität orientiert. Weitere Abwertungen wurden ausgeschlossen, was bedeutete, dass die Zinspolitik eine Politik der importierten Preisstabilität aus dem Ausland wurde. Damit

<sup>45</sup> Finansdepartementet 1980.

<sup>46</sup> Hanisch, Sjøilen, Ecklund 1999:216 und 273.

<sup>47</sup> Sie ebenda für eine ausführliche Diskussion der Änderung der Geld- und Kreditpolitik.

<sup>48</sup> Finansdepartementet 1983.

<sup>49</sup> OECD 1986. Vgl. zu einer näheren Analyse auch Hanisch, Sjøilen, Ecklund 1999:287ff. Insbesondere die unbegrenzte steuerliche Abzugsfähigkeit von Kreditzinsen, bis heute nicht abgeschafft, führte auf den nun freien Kreditmärkten zu enormen Nachfrage- und Angebotseffekten. Siehe auch Nasjonalbudsjett 1987, S. 163.

<sup>50</sup> Zu weiteren Einzelheiten der Deregulierungspolitik und den Gründen für diese Politik vgl. u.a. OECD 1986, S. 34ff. Auch die sogenannten Kreditbudgets im Nationalbudget verloren ihre Bedeutung.

<sup>51</sup> Vgl. etwa Tranøy 1999 sowie die Ausführungen im vorigen Abschnitt.

<sup>52</sup> Vgl. auch OECD 1990.

sollten gleichzeitig die Arbeitsmarktparteien stärker als bisher in die Verantwortung einbezogen werden: Vollbeschäftigung erforderte nunmehr zurückhaltende Lohnpolitik, orientiert am Aukrust-Modell bei festen Wechselkursen ohne das bisher gegebene „Ventil“ diskretionärer Abwertungen der heimischen Währung.

Die 1980er Jahre gehen auch als Dezennium der "Deregulierung" wichtiger Politikbereiche des norwegischen Modells in die Wirtschaftsgeschichte ein.<sup>53</sup> Die wachsende internationale Integration von Märkten hat diese Deregulierungen und Änderungen vor allem der Geld- und Zinspolitik erzwungen.

Die Geld- und Kreditpolitik als direkte Preis- und Mengenregulierung war eine der tragenden Elemente des norwegischen Modells im gesamten Zeitraum 1945 - 1980. Bereits in den 1970er Jahren zeigten sich jedoch die Grenzen einer Steuerungsfähigkeit der Kreditmärkte.

Deregulierung und Liberalisierung wurden die Stichworte einer Reform der monetären Politik, die das neue Dilemma der keynesianischen Ökonomie norwegischen Modells offenlegte: Verbesserung der Markteffizienz durch den Verzicht auf Instrumente der direkten Kontrolle und Steuerung bedeutete gleichzeitig den Verzicht auf ein stabilisierungspolitisches Interventionsinstrumentarium, das eben gerade dafür geschaffen war, um den großen Interventionsbedarf einer Politik der gesamtwirtschaftlichen Planung zu befriedigen und deshalb stets eine der wichtigsten Säulen des norwegischen Modells repräsentierte.<sup>54</sup>

### **4.3 Korporative Einkommenspolitik – das schwächste Glied im norwegischen Modell?**

In den 80er Jahren erwies sich die Einkommenspolitik als das schwächste Glied im norwegischen Modell der keynesianischen Ökonomie. Es zeigte sich, dass der *intersektorale* Verteilungskampf auch dann Probleme schaffte, wenn der *intra-sektorale* am Verhandlungstisch gelöst wurde: Das Auftauchen neuer, hochrentabler Branchen wie Offshore- und Informationstechnologie führte zur Bildung von kampfwilligen und kampfstarken Arbeitnehmergruppen, die sich frei organisierten und sich nicht der gesamtwirtschaftlichen Rason beugten, die vom zentralen Gewerkschaftsbund LO akzeptiert wurden<sup>55</sup>. Fehlende institutionelle Möglichkeiten der branchen- und betriebsdifferenzierenden Profitabschöpfung, temporäre Knappheiten auf den Arbeitsmärkten für gesuchte Spezialisten verstärkten diese Tendenzen.

Aber auch in den Bereichen, wo zentrale Tarifverhandlungen stattfanden, geriet die Lohndrift außer Kontrolle und trug den größten Anteil an der Lohnentwicklung. Die zentralen Verhandlungen mussten sich traditionell darauf konzentrieren, dass Niedriglohnbereiche im Verteilungskampf nicht den Anschluss verloren. Andere, vom internationalen Wettbewerb geschützte Sektoren, wie Landwirtschaft und öffentliche Dienstleistungen, kämpften ebenfalls um ihre relative Position im Einkommensgefüge.

Die Lohnabschlüsse in den Achtzigern waren allzu hoch im Kontext der wirtschaftlichen Rahmendaten. Die Diskussion um ein verbessertes System der Lohn- und Einkommensverhandlungen entfachte erneut.<sup>56</sup>

---

<sup>53</sup>Vgl. etwa Finanzdepartementet 1989, S. 94ff.

<sup>54</sup> Das Gesetz über die Regulierung der Geld- und Kreditangelegenheiten von 1965 wurde übrigens erst im Jahre 2003 formell aufgehoben.

<sup>55</sup> Eine ganze Reihe von Tarifkonflikten im Offshore-Bereich wurde durch staatliche Zwangsschlichtung beendet.

<sup>56</sup> Während Arbeiterparteiregierung und Gewerkschaftsbund am liebsten den „Ausbrecher“-Gewerkschaften das Streikrecht entziehen wollten, schlug man von Arbeitgeberseite vor, mit einer Aufgabe der politischen Vollbeschäftigungsgarantie und der zentralen Tarifverhandlungen zugunsten dezentraler, einzelbetrieblicher Abschlüsse zwei andere heilige Kühe zu schlachten. Ein dritter Vorschlag war, die Regierung wieder stärker an den korporativen Verhandlungstisch zu bringen.



Wir können vorläufig folgendes festhalten: Die Politische Ökonomie des norwegischen Modells manifestierte sich auch weiterhin im staatlichen Vollbeschäftigungsgebot. Konsequenterweise hatte die Regierung weiterhin die Handlungskompetenz für sowohl Fiskal- wie auch Geldpolitik.

Zudem war und ist für die kleine, offene Volkswirtschaft, entsprechend dem Aukrust-Modell, eine Verhinderung von höherer Inflation als im Ausland zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit der Beschäftigung geboten. Damit hatte der Staat auch die Hauptverantwortung für eine zielgerechte Einkommenspolitik zu tragen. Er wurde zum Partner am Verhandlungstisch. Obwohl zentrale Tarifverhandlungen hier systemkonform waren, wurden in dieser Periode eine unkontrollierte Lohndrift sowie Positionskämpfe einzelner Lohnempfängergruppen und Sektoren zum Problem. Die bisher tiefste Wirtschafts- und Beschäftigungskrise war das Resultat, und gleichzeitig der Start für eine Revitalisierung, ja sogar Stärkung des korporativen Kompromisses.

#### **4.4 Die Einkommenssteuerreform 1992**

Eine weitere, aufgrund des breiten politischen Widerstands lange überfällige, Reform war noch durchzuführen, nämlich die der Einkommensteuergesetzgebung. Ursprünglich als soziale Maßnahme der breiten Förderung des Wohnungseigentums gedacht, zeigt die unbegrenzte steuerliche Abzugsfähigkeit von Kreditzinsen seit langem negative Verteilungs- und Allokationswirkungen. Die Kombination von hohen Steuersätzen und unbegrenzter Abzugsfähigkeit von Kreditzinsen aller Art führte in den 1970er und 1980er Jahren zu extrem niedrigen, ja sogar negativen Realzinsen nach Steuern, was wiederum stark zur der unkontrollierbaren Kreditexpansion in den achtziger Jahren beitrug.

Deshalb wurde schließlich in 1992 eine radikale Steuerreform durchgeführt. Kernelemente der Reform waren: (1) Vereinfachter Dreistufen-Tarif mit maximalem Grenzsteuersatz von 49% einschließlich der Sozialabgaben, (2) Gespaltener Steuertarif mit einem niedrigeren und festen Steuersatz von 28% auf alle Kapitaleinkünfte, (3) Gleichzeitig Reduzierung der steuerlichen Abzugsfähigkeit für Kreditzinsen von ehemals mehr als 50% auf nunmehr nur 28 %, (4) Abschaffung zahlreicher anderer steuerlicher Abzugsmöglichkeiten.<sup>57</sup>

#### **4.5 Die Solidaritätsalternative in den 90er Jahren**

Die historische Beständigkeit des „norwegischen Modells“ zeigte sich erneut in den 1990er Jahren, als angesichts einer bisher nicht gekannten hohen Arbeitslosigkeit von über 6 % die korporative Einkommenspolitik als zentrales Element einer Vollbeschäftigungsstrategie, basierend auf breitem gesellschaftlichen Konsensus, wiederbelebt wurde.

Unter dem Begriff „Solidaritätsalternative“ wurde 1992<sup>58</sup> ein politisches Abkommen, eine Art Gesellschaftsvertrag geschaffen.<sup>59</sup> Der Titel soll ausdrücken, dass dieses wirtschaftspolitische Program auf die Solidarität der Beschäftigten mit den Arbeitslosen abzielt. Das Abkommen war eine wirksame Wiederbelebung des korporativen Bündnisses zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und dem Staat, ganz im Geiste einer Politik des politischen Kompromisses. Es herrschte Konsensus über sowohl das Ziel (Wiedererlangung der Vollbeschäftigung) wie auch über die ökonomisch-theoretische Grundlage für eine Lohnpolitik, welche die

---

<sup>57</sup> Die unbegrenzte steuerliche Abzugsfähigkeit von jeder Art Darlehens- und Kreditzinsen auch für private Haushalte in Norwegen ist im internationalen Vergleich eine Seltenheit. Sie wurde 1992 stark reduziert, jedoch nicht abgeschafft, obwohl es seit jeher Kritiker an dieser Regelung gab und weiterhin gibt.

<sup>58</sup> Ein kurzer historischer Abriss findet man im Nasjonalbudsjett 1998, Kap. 4.

<sup>59</sup> Siehe den Bericht der breit zusammengesetzten Enquete-Kommissjon „En nasjonal strategi for økt sysselsetting i 1990-årene“ 1992.

Verbesserung und Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit im export- und importkonkurrierenden Sektor garantierte (Aukrust-Modell, siehe auch Abschnitt 3.6 oben). Das institutionelle Assignment dieser Strategie der "Solidaritätslinie" basierte auf Arbeitsteilung und Kooperation der vier zentralen Institutionen der politischen Ökonomie Norwegens: Regierung, Arbeitgeberverband, Gewerkschaftsbund und Zentralbank.<sup>60</sup>

- Die Regierung sollte durch konjunkturgerechte Fiskalpolitik die Nachfrage stabilisieren.
- Die Zentralbank hatte mit ihrer Zinspolitik für einen stabilen Wechselkurs zu sorgen.
- Zentrale Tarifverhandlungen sollten für niedrige Lohnsteigerungen und damit für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Festlandsindustrien sorgen.

Flankiert wurde das Paket durch aktive Arbeitsmarkt- und Industriepolitik, die zudem das Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum fördern sollte.

Das Augenmerk war erneut auf Beschäftigungssicherung durch Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gerichtet. Stabiler Wechselkurs und mäßige Lohnsteigerungen sollten den mit dem Ausland konkurrierenden Industrieunternehmen stabile und günstige Arbeitsbedingungen garantieren. Gleichzeitig würden damit auch die Reallöhne stabilisiert. Sowohl Arbeitgeber wie Gewerkschaften waren sich einig, dass die "Solidaritätsalternative" über einen mehrjährigen Zeitraum zu verwirklichen sei.

Die Solidaritätsalternative war beschäftigungspolitisch und auch strukturpolitisch ein Erfolg in den 90er Jahren. Die sowohl theoretische wie auch normative Grundlage bildete wiederum das altbewährte „Aukrust-Modell“ der Inflationsbestimmung und Lohnbildung in einer kleinen offenen Volkswirtschaft.

Diese konzertierte Aktion war so erfolgreich, dass sie schon in wenigen Jahren einen erneuten Wirtschaftsboom mit zugehörigen Lohn- und Preissteigerungen bescherte, welche die Wettbewerbsfähigkeit der traditionellen Industrieunternehmen aufs Neue verschlechterte. Es zeigte sich nämlich, dass das Abkommen zwar (tarif-)lohnpolitisch, aber nicht einkommenspolitisch abgesichert war, und sich ein Konflikt zwischen Vollbeschäftigung einerseits und gerechter Einkommensverteilung andererseits ergab. Die größte Herausforderung für eine Lohnpolitik im Sinne der „Solidaritätsalternative“ war ihr eigener Erfolg. Nachdem die mäßigen Lohnerhöhungen über mehrere Jahre hinweg sowohl die Beschäftigtenzahlen wie auch die Erträge der Unternehmen deutlich erhöht hatten, verwarfen die Gewerkschaften in 2000 schließlich das Verhandlungsergebnis der Lohnrunde mit der Begründung, dass man keine einseitige Lohnzurückhaltung mehr akzeptiere und „soziale Verantwortung auf beiden Seiten“ verlange. Weil nämlich weder die ertragsabhängigen Einkommen der Kapitaleigner noch die Gehälter leitender Angestellter den Tarifabkommen unterlagen, konnten sich diese Gruppen aus den steigenden Einkünften, welche die Solidaritätsalternative generierte, reichlich versorgen, während die tariflich bezahlten Arbeitnehmer Jahr für Jahr der vereinbarten Lohnzurückhaltung unterworfen waren. Der korporative Kompromiss in der Lohnpolitik war einer erneuten Belastungsprobe ausgesetzt. Es tat sich ein weiteres Dilemma der Stabilisierungspolitik in Norwegen auf: Eine kontraktive Zinspolitik der Zentralbank in den Jahren 1999 – 2003 dämpfte zwar die Hochkonjunktur, führte aber wegen steigender Zinsdifferenz zum Ausland zu einer Aufwertung der norwegischen Krone, was schnell die Wettbewerbsfähigkeit der Exportunternehmen noch weiter nach unten trieb. Arbeitsplätze, vor allem im Industriesektor, gingen verloren.

---

<sup>60</sup> Siehe Nasjonalbudsjett 1998, Kap. 1 and 4.

## 5 Neue Doktrinen in der Finanz- und Geldpolitik

### 5.1 Schaffung eines staatlichen Rohstofffonds 1996

Der „staatliche Petroleumfonds“ (später umgetauft in „Staatlicher Pensionsfonds Ausland“) wurde 1990 durch ein Gesetz errichtet, aber erst ab 1996 in Gebrauch genommen. Der Fonds liegt unter der Aufsicht des Finanzministeriums, wobei die operative Verwaltung des Finanzvermögens von der Zentralbank wahrgenommen wird.<sup>61</sup> Der Fonds ist sowohl ein „Sparfonds“ sowie ein „Stabilisierungsfonds“<sup>62</sup>. Seine gesetzliche und institutionelle Ausgestaltung erfüllt im Großen und Ganzen die Anforderungen, die an einen effektiven „Nonrenewable Resource Funds“ (NRF) gestellt werden.<sup>63</sup>

*Einnahmen* des Fonds sind die laufenden jährlichen Nettoeinnahmen des Staates aus dem Erdölsektor<sup>64</sup> sowie Zins- und Dividendenerträge aus den Kapitalanlagen des Fonds.

*Ausgaben* des Fonds sind die jährlichen Übertragungen an den Staatshaushalt zur Deckung des „von Erdöleinnahmen korrigierten Defizits im Staatshaushalt“. Damit wird der Fonds zu einem integrierten Bestandteil des Staatshaushaltes und der Finanzpolitik. Die Abflüsse aus dem Fonds sind identisch mit dem Defizit im Staatshaushalt, und es ist nicht möglich, etwa die Steuern zu senken oder die Staatsausgaben zu erhöhen, ohne dass dies in gleichem Umfang die Nettozuflüsse zum Fonds reduziert. Anders ausgedrückt: Dem Erdölfonds werden nur dann in einer gegebenen Haushaltsperiode Mittel zugeführt, wenn der gesamte Staatshaushalt einschließlich der Einnahmen aus dem Erdölsektor kein Defizit aufweist. Seit 1996 ist der Fonds sehr rasch gewachsen. Zum 31. 12. 2008 waren 2275 Mrd. NOK in ausländischen Aktien (60%) und zinsbringenden Wertpapieren (40%) angelegt. Dies entspricht ca. 90% des jährlichen BIP.

Mit der Errichtung des Fonds werden drei zentrale Ziele verfolgt:

- (1) Als finanzpolitischer „Puffer“ soll der Fonds die Finanzpolitik von den Auswirkungen stark schwingender Erdölpreise und konjunktureller Schocks abschirmen (Stabilisierungsziel).
- (2) Durch Ansparen des von Real- zu Finanzvermögen transformierten Rohstoffvorkommens sollen zum einen auch noch spätere Generationen an diesem Volksvermögen teilhaben. Zum anderen sollen die zu erwartenden, zukünftig stark steigenden Renten- und Pensionsverpflichtungen aus dem dann angesparten Erdölfonds zumindest teilweise finanziert werden können (intertemporales Allokationsziel).
- (3) Dadurch dass – wie gesetzlich vorgeschrieben – die Einnahmen des Erdölfonds ausschließlich im Ausland angelegt werden, geschieht ein beträchtlicher Kapitalexport, der die ungewünschten realwirtschaftlichen Effekte der hohen Devisenüberschüsse aus den laufenden Rohstoffexporten neutralisieren soll: Der reale Aufwertungsdruck auf die norwegische Krone und der daraus resultierende negative Effekt der sogenannten „Holländischen Krankheit“ werden gebremst, und gleichzeitig werden durch das Anlegen im Ausland die expansiven Nachfrageeffekte im Inland und damit verbundene negative Preis- und Kostenwirkungen abgeschwächt. Beides dient dem Ziel der Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der übrigen „Festlandsökonomie“ (Wettbewerbsziel).

---

<sup>61</sup> Olje- og energidepartementet 2002. Olsen 1996. Diverse Webpublikationen der Norges Bank ([www.norges-bank.no](http://www.norges-bank.no)) und des Finansdepartementet (<http://odin.dep.no/fin>).

<sup>62</sup> Davis u.a. 2001; Fasano 2000.

<sup>63</sup> Davis u.a. 2001.

<sup>64</sup> Dazu gehören: Steuern, Abgaben, Nettoeinkünfte aus der direkten Beteiligung des Staates an der Öl- und Gasförderung sowie die Dividendenerträge aus den staatlichen Erdölgesellschaften Statoil und Hydro.

Mit diesen Argumenten versuchte die norwegische Regierung der Bevölkerung klarzumachen, dass es sinnvoll und notwendig war, die staatlichen Einnahmen aus der Ölförderung nicht schon heute zu verausgaben, sondern anzusparen, damit die Finanzerträge auch nachfolgenden Generationen zugutekommen können.

## 5.2 Neue Strategien für die Finanz- und Geldpolitik ab 2001

Wir haben gezeigt, dass seit den siebziger Jahren die wirtschaftspolitische Konzeption in Norwegen mehrmals geändert wurde, als Reaktion auf die fortschreitende Globalisierung der Weltwirtschaft und die besonderen Herausforderungen durch den expandierenden Erdölsektor des Landes. Mit der Strategie der sogenannten „Solidaritätsalternative“ konnte man nach 1992 die norwegische Ökonomie aus ihrer bisher schwersten Rezession der Nachkriegszeit erfolgreich herausführen<sup>65</sup>. Im Verlauf der bald wiederkehrenden Hochkonjunktur versagte jedoch das korporative Bündnis für eine gemäßigte Lohnpolitik erneut. Gleichzeitig wuchs der gesellschaftliche Druck auf die Regierung, mehr von den ständig steigenden Einnahmen aus dem Erdölsektor im Inland auszugeben. Dies führte in 2001 zu einer erneuten, wesentlichen Änderung sowohl in der Finanz- wie auch Geldpolitik. Mit breiter Zustimmung des Parlaments beschloss die damalige sozialdemokratische Regierung eine neue Richtlinie für die Haushaltspolitik (sogenannte „Handlungsregel“) und gleichzeitig eine neue Richtlinie für die Geldpolitik.<sup>66</sup>

Anlass hierzu war, dass bisher noch nicht festgelegt war, in welchem Umfang die steigenden staatlichen Einnahmen aus dem Erdölsektor im Staatshaushalt verwendet werden konnten. Auch war die Geldpolitik zunehmend überfordert. An das Ziel der Wechselkursstabilität gebunden, musste die Zentralbank wiederholte Male „prozyklisch“ agieren und damit die Konjunkturbewegungen noch verstärken (siehe Abbildung 3).

Die neue Finanz- und Geldpolitik wurde deshalb sowohl politisch wie auch ökonomisch begründet: Neben den drei früher genannten Zielen für die Errichtung des staatlichen Rohstofffonds kam nun noch ein weiteres, psychologisches und politisches Argument hinzu, welches eher eine psychologische und pädagogische Funktion hatte: Durch seine pure Existenz und durch die laufende Offenlegung aller Zahlen und Fakten des Fonds sollte der Bevölkerung bewusst gemacht werden, welche Reichtümer sie durch das in Geld umgewandelte Erdöl besitzt. Die wenigsten verstehen jedoch bis heute, weshalb diese Einnahmen im Ausland anzulegen sind und nicht so einfach im Inland ausgegeben werden können.<sup>67</sup>

Um diesem politischen Druck entgegenzutreten zu können, beschloss man die Finanzpolitik an eine *Ausgabenregel* binden. Die Geldpolitik hatte diese neue Finanzpolitik zu akkommodieren und wurde deshalb ebenfalls an eine neue Regel, die der *Inflationssteuerung*, gebunden. Das übergeordnete Ziel war weiterhin die Vollbeschäftigung durch „Weiterführung der zentralen Elemente der Solidaritätsalternative, [die dazu beiträgt,] Arbeit für alle sowie einen starken dem Weltmarkt Wettbewerb ausgesetzten Wirtschaftssektor zu sichern“.<sup>68</sup> Dazu sollte die neue Richtlinie ein ausgabenwirksames „Einschleusen“ der Erdöleinnahmen in den Staatshaushalt zwar legitimieren, sogar in einem höheren Ausmaß als bisher, andererseits aber auch klar festzulegen, bis zu welcher Höhe dies zu geschehen habe.<sup>69</sup>

Die finanzpolitische Richtlinie schrieb konkret fest: Der Staatshaushalt soll jährlich ein „strukturelles, von Erdöleinnahmen und konjunkturellen Sondereinflüssen korrigiertes Defizit“ aufweisen dürfen, das den „erwarteten realen Zinserträgen des Petroleumfonds“

---

<sup>65</sup> Vgl. auch Schewe 1999.

<sup>66</sup> Finansdepartementet 2001.

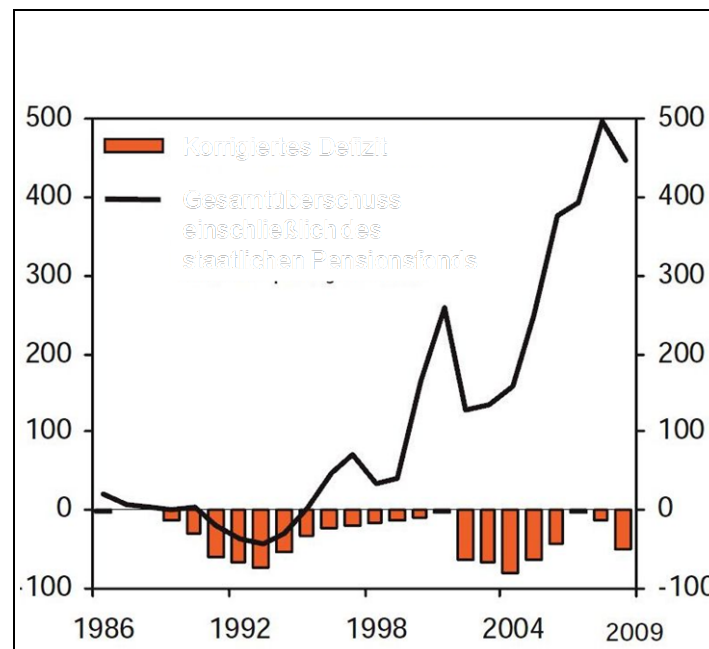
<sup>67</sup> Die pure Existenz eines solchen öffentlichen Fonds stimuliert zu Rent-seeking. Vgl. auch Isachsen 2002.

<sup>68</sup> Finansdepartementet 2001.

<sup>69</sup> Siehe auch Olsen & Skjæveland 2002.

entsprechen soll.<sup>70</sup> Mit anderen Worten: Die jährliche Verzinsung des Fonds soll in den Staatshaushalt zurückgeführt werden können zur Deckung des Defizits.<sup>71</sup> Dadurch dass man das Defizit im Staatshaushalt durch Erdölgelder decken konnte, gewann die Finanzpolitik einen größeren Handlungsspielraum, ohne dass sich der Staat verschuldet musste. Inzwischen wissen die meisten Norweger selbst, dass dies ein besonderer Luxus ist, den sich das Land nur wegen des großen Rohstoffreichtums leisten kann. Gemäß der „Handlungsregel“ soll jedoch die ausgabenwirksame Abführung der Erdölgelder an den Haushalt nicht größer sein als die jährlichen *Erträge* des Erdölfonds. Das bedeutet, dass der Fonds als permanentes Volksvermögen bestehen bleibt, auch nachdem die Einnahmen aus der Rohstoffförderung aufhören.

Solange aber der Fonds noch wächst, steigt entsprechend der Handlungsregel auch der Anteil der Erdöleinnahmen, der zukünftig über den Staatshaushalt ausgegeben wird. Damit wird die Finanzpolitik in stärkerem Maße gebunden, ist kontinuierlich zu expansiv und verliert *cet.par.* an konjunkturpolitischer Flexibilität (Abbildung 2 zeigt, dass gewöhnliche Haushaltsdefizite seit Jahren von den hohen staatlichen Einnahmen aus dem Rohstoffsektor mehr als ausgeglichen werden. Die wachsende positive Differenz wird über den Fonds als öffentliche Spareinlage im Ausland angelegt).



Deshalb wies man gleichzeitig in einer neuen, gleichzeitig beschlossenen „Vorschrift für die Geldpolitik“ dieser nunmehr die zentrale stabilisierungspolitische Aufgabe zu.<sup>72</sup> Ein permanent defizitärer Staatshaushalt mit seinen expansiven Realeffekten sollte durch eine tendenziell stärker restriktive Geldpolitik akkommodiert werden. War bisher die Zentralbank verpflichtet, mit ihrer Geld- und Zinspolitik die Stabilität des Wechselkurses der heimischen Währung zu sichern, wurde nun die Geldpolitik in Norwegen (erstmalig) auf das Inflationsziel verpflichtet:

<sup>70</sup> Finansdepartementet 2001, Abschnitt 2.

<sup>71</sup> Die „erwartete“ Realverzinsung wurde mit 4% festgelegt, und als Bestandsgröße gilt die Höhe des Fonds zum Jahresanfang. Besonders große Schwankungen des Fondskapitals und des berechneten Haushaltsdefizits dürfen geglättet werden durch die Verwendung mehrjähriger Durchschnittswerte.

<sup>72</sup> Olsen und Skjæveland 2002.

„Die operative Durchführung der Geldpolitik der Bank von Norwegen soll ... sich ausrichten am Ziel einer niedrigen und stabilen Inflationsrate. Das operative Ziel für die Geldpolitik soll ein jährliches Wachstum der Verbraucherpreise sein, das im zeitlichen Durchschnitt nahe bei 2,5 % liegt.“<sup>73</sup>

Ein gewichtiger, empirisch gestützter Einwand gegen die bisherige, am Ziel eines stabilen Wechselkurses orientierte Geldpolitik war, dass sie mehr prozyklisch als antizyklisch wirke.<sup>74</sup> Weder Politiker noch Ökonomen haben u.E. bisher darüber diskutiert, inwieweit es genau der überaus große realwirtschaftliche Einfluss des Rohstoffsektors selbst ist, der – verstärkt durch kräftige und unkontrollierbare Erdölpreisschwankungen – den stärksten Einfluss auf Konjunktur, Wechselkurs, Preise, Löhne und damit auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im „Festlandssektor“ ausübt.

Die Geldpolitik ist hierbei auf Dauer überfordert, für eine stabile Konjunkturentwicklung zu sorgen, egal ob sie am Wechselkurs- oder Inflationsziel ausgerichtet ist.

Dies zeigte sich schon bald nach der Einführung der „neuen Geldpolitik“ in 2001, als die Zentralbank – nunmehr am Preisstabilitätsziel orientiert – eine restriktive Zinspolitik einleitete. Das Zinsgefälle zum Ausland stieg und trieb den Kurs der norwegischen Krone über 10% nach oben. Die kontraktiven Auswirkungen auf Industrieproduktion und Beschäftigung wurden unterschätzt.<sup>75</sup> Steigende Arbeitslosigkeit, begleitet von zahlreichen Produktionsverlagerungen norwegischer Industriebetriebe ins Ausland sowie politischer Druck zwang die Zentralbank sehr bald zu einer drastischen Kurskorrektur. Der Leitzins wurde im kurzen Zeitraum zwischen Dezember 2002 und März 2004 von 7,0 % auf 1,75 %, und damit unter den Leitzins der Europäischen Zentralbank gedrückt<sup>76</sup>.

Daraus schlussfolgern wir: In der boomenden Rohstoffökonomie Norwegens ist die Finanzpolitik im Zeitablauf zu expansiv. Die Zinspolitik der Zentralbank ist konjunkturpolitisch überfordert, wenn sie mit Zinssteigerungen allein die gesamtwirtschaftliche Binnennachfrage dämpfen soll. Das dadurch steigende Zinsgefälle zum Ausland würde den Kurs der heimischen Währung schnell ansteigen lassen, und somit im Exportsektor steigende Arbeitslosigkeit bewirken. In Wirklichkeit ist deshalb die „neue“ Geldpolitik der norwegischen Zentralbank inzwischen wieder die alte, nämlich an einem geringstmöglichen Zinsgefälle und damit an einem stabilen Wechselkurs orientiert. Der Zusammenhang zwischen Hochkonjunktur und steigender Inflation ist ohnehin in den letzten Jahren nicht mehr gegeben. Abbildung 3 zeigt die Entwicklung von Erdölpreis, Wechselkurs (zur wichtigsten Währung Euro) und Leitzins der Zentralbank. Es wird deutlich, dass die norwegische Krone stark vom Erdölpreis bestimmt wird, und dass die Zinspolitik darauf zielt, dem Aufwertungsdruck auf die Krone gegensteuern.

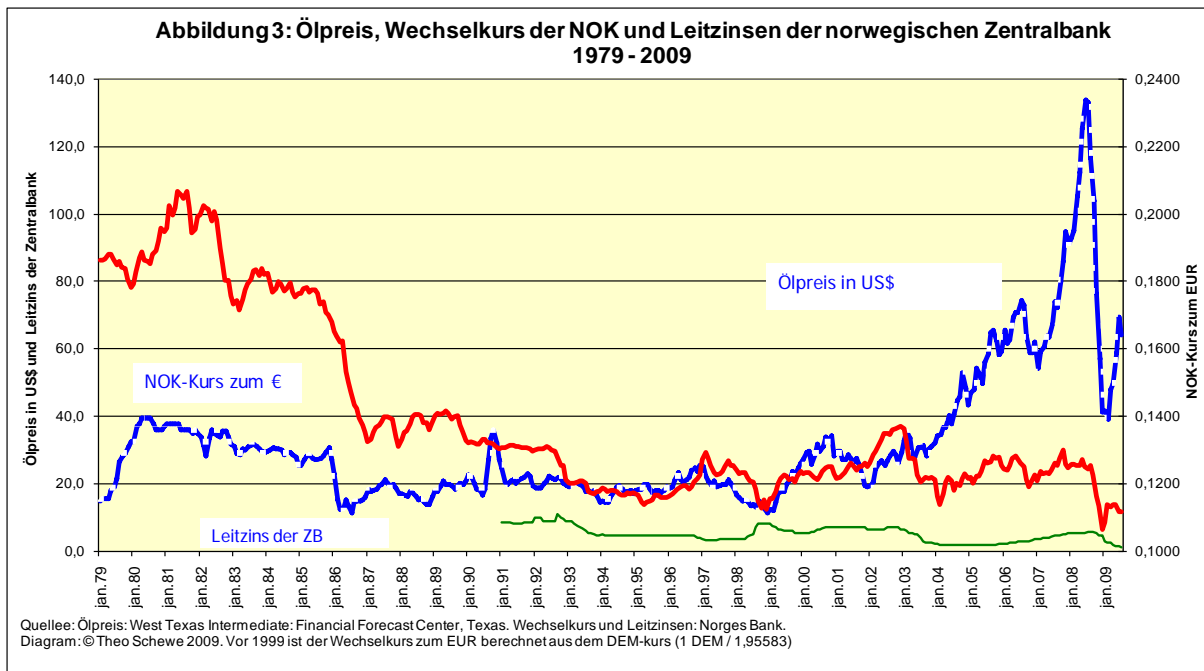
---

<sup>73</sup> Finansdepartementet 2001, Abschnitt 3.

<sup>74</sup> Norges Bank 1997. Siehe auch die Beiträge in Christiansen & Qvigstad 1997. Eine historische Analyse der geldpolitischen Diskussion und des Übergangs von der Wechselkurs- zur inflationsorientierten Geldpolitik geben Hanisch und Søylen 2001.

<sup>75</sup> Insbesondere wirkt der Transmissionsmechanismus der Zinspolitik schnell und kräftig auf den Wechselkurs in einer kleinen, offenen Volkswirtschaft wie Norwegen. Der Wechselkurseffekt schlägt dabei unmittelbar auf die Wettbewerbsfähigkeit der traditionellen, mit dem Ausland konkurrierenden Sektoren durch wie auch über fallende Importpreise auf Konsumpreisindex und Inflationsrate. Eine empirische Untersuchung über die Wirkungsweise der „neuen“ Geldpolitik im Vergleich zur „alten“, am stabilen Wechselkurs orientierten Geldpolitik machten Eika und Moum 1998. Sie deuten an, dass eine inflationsorientierte und restriktive Geldpolitik in Norwegen zwar – über den direkten Wechselkurseffekt – wirkungsvoll die Inflation bekämpfen kann, jedoch gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit im mit dem Ausland konkurrierenden Sektor über eben denselben Wechselkurseffekt verschlechtert und damit konträr zur eigenen Zielsetzung wirkt. Neutraler in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit würde hingegen eine restriktive Finanzpolitik wirken.

<sup>76</sup> Als Leitzins gilt der Zins, den die Banken für ihre Einlagen bei der Zentralbank erhalten. Daran gekoppelt ist auch der Tageszins für Zentralbankkredite an die Banken. Siehe auch [www.norges-bank.no](http://www.norges-bank.no).



## 6 Entgeht Norwegen den Auswirkungen von Globalisierung und Finanzkrise?

Auch Norwegen erlebt, wie andere reiche Industrieländer, die großen gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge von Globalisierung, Individualisierung und Kommerzialisierung.<sup>77</sup> Durchgreifende Reformen wurden bereits in den 70er, 80er und 90er Jahren durchgeführt. Dazu gehörten die nachhaltige Senkung von Einkommenssteuerbelastung, Deregulierung und Privatisierung von zahlreichen früher öffentlichen Unternehmen und durchgreifende Reformen in anderen öffentlichen Dienstleistungsbereichen im Sinne des „New Public Management“.<sup>78</sup> Eine Globalisierungsfall<sup>79</sup> hat die norwegische Ökonomie bisher nicht erlebt. Eher kann man das Land zu den Gewinnern der Globalisierung zählen. Zum einen beschert die fortschreitende Globalisierung dem rohstoffreichen Land ständig höhere Exporteinnahmen, da sowohl Nachfrage wie auch Preise auf den Rohstoff- und Energiemärkten trendmäßig steigen.<sup>80</sup> Das beschert auch dem Staat einen außerordentlich hohen finanziellen Spielraum.<sup>81</sup> Zum anderen werden Kapitalflucht und Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland nicht nur durch relativ hohen staatlichen Kapitalbesitz gedämpft, sondern auch durch komparative Vorteile wie stabile politische Verhältnisse, hohes Ausbildungsniveau sowie Flexibilität, gutes Anpassungsvermögen und erfolgreiche Internationalisierungsstrategien der im globalen Wettbewerb stehenden gewerblichen Unternehmen.

Es ist auch bemerkenswert, dass in Norwegen, wie auch den anderen nordischen Ländern, sich die Einwohner „sicherer“ fühlen als anderswo, was die Einschätzung ihrer

<sup>77</sup> Østerud, Engelstad, Selle 2003.

<sup>78</sup> U. a. Christensen, Tom og Per Lægveid 2001.

<sup>79</sup> Der Begriff stammt von Hans-Peter Martin und Harald Schumann von 1998.

<sup>80</sup> Auch die noch vorhandene Produktion in der verarbeitenden Industrie scheint weitaus weniger dem globalen Preiswettbewerb ausgesetzt als die Fertigwarenindustrie in anderen Ländern wie etwa in Schweden. (Siehe etwa: „Norsk industri smartere enn svensk“, in: Aftenposten 1. 9. 2004).

<sup>81</sup> Schewe 2004.

wirtschaftlichen Situation angeht.<sup>82</sup> Das bedeutet auch, dass die Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze als relativ sicher einschätzen trotz der durch die Globalisierung gestiegenen Gefahr, dass Arbeitsplätze ins Ausland verlegt werden können.<sup>83</sup>

Obwohl Norwegen, zusammen mit den anderen skandinavischen Ländern noch immer eine im internationalen Vergleich relativ gleichmäßige Einkommens- und Vermögensverteilung aufweist, wachsen in den letzten Jahren auch hier die Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung. „Die Reichen werden ständig reicher“<sup>84</sup>, und der Gini-Koeffizient ist in Norwegen in den letzten Jahren gestiegen, und inzwischen höher als in allen anderen nordischen Ländern.<sup>85</sup>

Norwegen wurde – entgegen den Befürchtungen – bisher auch von den negativen Auswirkungen der Finanzkrise weitestgehend verschont. Hierzu trägt die Finanz- und Geldpolitik entscheidend bei. Insbesondere die Niedrigzinspolitik der Zentralbank hat bisher einen großen Rückgang bei den privaten Konsum- und Investitionsausgaben verhindert. Man nimmt sogar an, dass die norwegische Wirtschaft davon profitieren könnte, wenn die weltweite Wirtschaftskrise noch länger andauert. Niedrige Zinsen und Inflation im Ausland würden die heimische Zentralbank davon abhalten, die Zinsen im Inland zu erhöhen. Dies würde die Binnennachfrage weiterhin stimulieren und gleichzeitig eine Währungsaufwertung verhindern und somit die Wettbewerbsfähigkeit des auslandskonkurrierenden Sektors erhalten.

Hierzu gehört auch die Weiterführung der immer wieder beschworenen beschäftigungsfördernden, gemäßigten Lohn- und Einkommenspolitik. Die Chancen dafür sind derzeit gut.

---

<sup>82</sup> Gemäß einer neueren internationalen Studie, welche die sozioökonomische, arbeitsbezogene Sicherheit von Menschen misst. Siehe International Labour Office 2004.

<sup>83</sup> „Vi er ikke redde for å miste jobben“, Nettavisen 30. 8. 2004.

<sup>84</sup> „De rike stadig rikere“, Nettavisen vom 14. 5. 2002. „Forskjellen mellom fattig og rik øker“, Nettavisen vom 15. 5. 2002.

<sup>85</sup> Statistisk Sentralbyrå 2002.



## Quellenverzeichnis

- Amable, Bruno and Pascal Petit (2001), The Diversity of Social Systems of Innovation and Production during the 1990s, CEPREMAP Working Papers N° 2001-15.  
(<http://www.cepremap.cnrs.fr/>).
- Andvig, Jens Chr. (1985), Ragnar Frisch and the Great Depression: A Study in the Interwar History of Macroeconomic Theory and Policy, Norwegian Institute of International Affairs, Oslo.
- Arbeids- og sosialdepartementet (2005): Etter inntektsoppgjørene 2005, Rapport nr. 2, 2005 fra Det tekniske beregningsutvalget for inntektsoppgjørene avgitt til Arbeids- og sosialdepartementet 27. juni 2005. Norges offentlige utredninger NOU 2005:16.
- Aukrust, Odd (1977), Inflation in the Open Economy: A Norwegian Model, in: Krause, Lawrence B., Walter S. Salant (Hrsg.), Worldwide Inflation, Washington D.C., Brookings Institution, S. 107-166.
- Bergh, Trond, Tore J. Hanisch (1984): Vitenskap og politikk. Linjer i norsk sosialøkonomi gjennom 150 år, Oslo (Aschehoug).
- Bjerkholt, Olav & Erik Offerdal (Hrsg.), Macroeconomic prospects for a small oil exporting country, Dordrecht (Martinus Nijhoff) 1985.
- Blazic-Metzner, Boris and Helen Hughes (1982), "Growth Experience of Small Countries." In B. Jalan, ed. Problems and Policies in Small Economies. New York, St. Martin's Press: 85-102.
- Bornstein, Morris (Hrsg.), Comparative Economic Systems. Models and Cases, Homewood (Illinois), 1969.
- Bratberg, Espen, Kjell G. Salvanes & Kjell Vaage (2006): Avtakende jobbstabilitet i Norge?, in: Heum u.a. (2006), S. 19-34.
- Christensen, Tom og Per Læg Reid (eds.) (2001), New public management: the transformation of ideas and practice, Aldershot (Ashgate).
- Christiansen, Anne Berit & Jan Fredrik Qvigstad (Hrsg.) (1997): Choosing a Monetary Policy Target, Oslo (Universitetsforlaget).
- Davis, Jeffrey, Rolando Ossowski, James Daniel, Steven Barnett (2001), Stabilization and Savings Funds for Nonrenewable Resources. Experience and Fiscal Policy Implications. In: IMF Occasional Papers, Nr. 205, International Monetary Fund.
- Dølvik, Jon Erik, Arild H. Steen (eds.) (1997), Making solidarity work? The Norwegian Labour Market in Transition, Oslo (Scandinavian University Press).
- En nasjonal strategi for økt sysselsetting i 1990-årene (2002). Norges offentlige utredninger, NOU 1992:26, Oslo.
- Eckstein, Alexander (Hrsg.) (1971), Comparison of Economic Systems. Theoretical and Methodological Approaches, Berkeley, Los Angeles, London.
- Eichengreen, Barry (1994), Institutional Prerequisites for Economic Growth: Europe after World War I, in: European Economic Review, Vol. 38, Issues 3-4, S. 883-890.
- Eika, Torbjørn & Knut Moum (1998), Monetary policy as an instrument in the current economic situation in Norway, in: Economic Survey Nr. 2/98, Statistisk Sentralbyrå, Oslo, S. 19-31.
- Esping-Andersen, Gösta (2006), Comparative and historical studies of public policy and the welfare state (con A. Hicks), In: Handbook of Political Sociology, Cambridge (Cambridge University Press), S. 509-525.

- Esping-Andersen, Gösta (1996), *Welfare states in transition: national adaptations in global economies*, London (Sage).
- Fasano, Ugo (2000), *Review of the Experience with Oil Stabilization and Savings Funds in Selected Countries*, in: IMF Working Paper Nr. 00/112, International Monetary Fund.
- Finansdepartementet (2001), *Retningslinjer for den økonomiske politikken*. St. meld. nr. 29 (2000-2001).
- Finansdepartementet (1989), *Penger og kreditt i en omstillingstid*, Norges offentlige utredninger NOU 1989:1, Oslo.
- Finansdepartementet (1983), *Om mål og virkemidler i penge- og kredittpolitikken*, Norges offentlige utredninger, NOU 1983:29, Oslo.
- Finansdepartementet (1980), *Rentepolitikk*. Utredningen avgitt til Finansdepartementet 30. Januar 1980, Norges offentlige utredninger NOU 1980:4, Oslo.
- “Fra idé til verdi. Regjeringens plan for en helhetlig innovasjonspolitik” (2003), Nærings- og handelsdepartementet, Oslo.
- Frøland, Hans Otto (1997), *Refleksjoner rundt korporativ lønnsfastsettelse i Norge*, in: Basberg, Bjørn L., Helge W. Nordvik, Gudmund Stang, *I det lange løpt. Essays i økonomisk historie tilegnet Fritz Hodne*, Bergen (Fagbokforlaget). S. 187-203
- Gruchy, Allan G (1977), *Comparative Economic Systems. Competing Ways to Stability, Growth and Welfare*, 2nd ed., Boston u.a.O. (Allyn and Bacon, Inc.).
- Hall, P. A. and D. Soskice (eds.) (2001): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford (Oxford Economic Press).
- Hanisch, Tore Jørgen & Espen Søylen (2001), *Refleksjoner ved fastkurspolitikens slutt – randkommentarer til debatten om norsk valutapolitikk 1990-2001*, in: Økonomisk Forum, Nr. 17, S. 17-26.
- Hanisch, Tore Jørgen, Espen Søylen, Gunhild Ecklund (1999), *Norsk økonomisk politikk i det 20. århundre: verdivalg i en åpen økonomi*, Kristiansand (Høyskoleforlaget).
- Heum, Per, Torsterin Nesheim, Odd Nordhaug, Kjell G. Salvanes (red.): *Arbeidsliv i omstilling*, Bergen (Fagbokforlaget) 2006.
- Hodne, Fritz (1983), *The Norwegian Economy 1920-1980*, London and Canberra (Croom & Helm).
- Internationaional Labour Office ILO (2004), *Economic Security for a Better World*. ILO Socio-Economic Security Programme.
- Isachsen, Arne Jon (Hrsg.) (2002), *Hva gjør oljepengene med oss*, Oslo: Cappelen akademisk forlag.
- Johansen, Leif (1974), *Establishing Preference Functions for Macroeconomic Decision Models. Some Observations on Ragnar Frisch's Contributions*, *erstmal erschienen 1974, wiederabgedruckt in: Finn R. Førsund (Hrsg.) (1987), Collected Works of Leif Johansen*, Amsterdam u.a.O (North Holland), Vol. II, S. 541-566.
- Keynes, John Maynard (1936), *The General Theory of Employment, Interest and Money*, Cambridge: Macmillan Cambridge University Press.
- Kuhn, Thomas S. (1962), *The structure of scientific revolutions*, Chicago (University of Chicago Press).
- Kuhnle, Stein (2002), *Das Überleben des Nordischen Wohlfahrtsstaatsmodells in einer globalisierten Weltwirtschaft*. In: Nordeuropa Forum, Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, nr. 1. S. 21-30.
- Kuhnle, Stein (ed.), (2000), *Survival of the European welfare state*, Serie: Routledge/ECPR studies in European political science; Nr. 14, London (Routledge).
- Lafferty, William M. (1986), *Den sosialdemokratiske stat*, in: *Nytt norsk tidsskrift*, 3. årg., Heft 1, S. 23-37.

- Larsen, Erling Røed: Escaping the resource curse and the Dutch Disease?: When and why Norway caught up with and forged ahead of its neighbors, Statistics Norway, Research [Department, Discussion papers no. 377](#), Oslo 2004.
- Layard, R., S. Nickell R. Jackman (1991), Unemployment, Macroeconomic Performance and the Labour Market, Oxford University Press.
- Mjøset, Lars (Hrsg.) (1986), Norden dagen derpå. De nordiske økonomisk-politiske modeller og deres problemer på 70- og 80-tallet. Oslo (Universitetsforlaget).
- Montias, John Michael (1976), The Structure of Economic Systems, New Haven and London.
- Morgan, Glenn, Whitley, Richard, Moen, Eli (eds.) (2005), Changing capitalisms? Internationalization, Institutional Change, and Systems of Economic Organization, Oxford (Oxford University Press).
- Nasjonalbudsjett, Jährliche Regierungsvorlage (Stortingsproposisjon). Verschiedene Jahrgänge.
- Nee, Victor and Richard Swedberg (eds.) (2005), The Economic sociology of capitalism. Princeton, N.J. (Princeton University Press).
- Neuberger, Egon, William R. Duffy (1976), Comparative Economic Systems: A Decision Making Approach, Boston u.a.O. (Allyn and Bacon, Inc.)
- Nordby, Trond (1994), Korporatisme på norsk 1920-1990, Oslo (Universitetsforlaget).
- Nordvik, Helge W. (1977), Krisepolitikken og den teoretiske nyorientering av den økonomiske politikken i Norge i 1930 årene, in: Historisk Tidsskrift, Jg. 56, S. 289-317.
- Norges Bank (2002), Hovedkursteorien i ny form, in: Inflasjonsrapport 3-02, Norges Banks rapportserie Nr. 4. Oslo. S. 28-29.
- Norges Bank (1997), Det økonomiske opplegget for 1998. Brev av 3.11.1997 til Finansdepartementet. in: Penger og kreditt Nr. 4.
- North Douglas C. (1990), Institutions, Institutional Change and Economic Performance. Cambridge: Cambridge University Press.
- North, Douglas C. (2005), Capitalism and Economic Growth, in: Nee & Swedberg (2005), S. 41-52.
- Nærings- og handelsdepartementet (2005), Statens halvårseierberetning 2005, Oslo.
- OECD (2005), Employment Outlook. Norway, Paris.
- OECD (1990), Economic Outlook. Norway, Paris.
- OECD (1986), Economic Surveys. Norway 1986. Paris.
- Olje- og energidepartementet (2002), Faktaheftet 2002 „Norsk Petroleumsvirksomhet”, Oslo.
- Olsen, Karen M. (2006): Jobbsikkerhet og nasjonale forskjeller?, in: Heum u.a. (2006), s. 109-123.
- Olsen, Øystein (1996), Statens petroleumsfond - Et styringsverktøy for finanspolitikken, Finansdepartementet, in: Sosialøkonomen, Jg. 50, Nr. 2, S. 22-31.
- Olsen, Øystein, Arent Skjæveland (2002): Handlingsregelen for bruken av oljeinntekter, in: Arne Jon Isachsen (Hrsg.), Hva gjør oljepengene med oss, a.a.O.. S. 67-98.
- Østerud, Øyvind, Fredrik Engelstad, Per Selle (2003), Makten og demokratiet: en sluttbok fra Makt- og demokratiutredningen. Oslo (Gyldendal Akademisk).
- Pekkarinen, Jukka, Mathi Pohjola, Bob Rowthorn (eds.) (1992), Social Corporatism: A Superior Economic System?, Oxford (Clarendon Press).
- Pryor, Frederic L. (1988), Corporatism as an Economic System: A Review Essay, Journal of Comparative Economics, Vol. 12, S. 317-344.
- Quack, Sigrid, Glenn Morgan, Richard Whitley (eds.) (2000): National capitalisms, global competition, and economic performance, Advances in organization studies; 3. Amsterdam (John Benjamins Pub.) 2000. (best. 7/04; også som ebook online).

- Rødseth, Asbjørn (1997): Why Has Unemployment Been so Low in Norway? On the Potential of Macroeconomic Explanations, in: Dølvik and Steen (eds.) (1997), a.a.O, S. 155-188.
- Scharpf, Fritz (1987), Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt/M. (Campus).
- Schewe, Theo (2004), Makroökonomische Probleme des extensiven Rohstoffexports in einer entwickelten Volkswirtschaft – analysiert am Beispiel der norwegischen Erdölwirtschaft. Publisert i: Schriftenreihe des Promotionsschwerpunktes "Globalisierung und Beschäftigung", Universität Stuttgart-Hoheneim, Nr. 21/2004.
- Schewe, Theo (1999), Full Employment in the Age of Globalisation? Political-Economic Analysis of Effective Employment Policies in the Nineties. The Case of Norway. Publisert i: Schriftenreihe des Promotionsschwerpunktes Makroökonomische Diagnosen und Therapien der Arbeitslosigkeit, Universität Stuttgart-Hoheneim, Nr. 4/1999, Stuttgart.
- Schewe, Theo (1989), Das Norwegische Modell als sozialdemokratisch-keynesianische Symbiose. Betrachtungen zum Zusammenhang zwischen wirtschaftspolitischer Strategie und gesellschaftlich-institutionellem Umfeld. Skrifter fra Østfold distriktshøgskole, Nr. 1989:2.
- Skånland, Hermod (2004): Doktriner og økonomisk styring. Et tilbakeblikk, Norges Banks skriftserie / Occasional Papers nr. 36, Oslo.
- Statistisk Sentralbyrå (2002), "Norge på topp for første gang", in: Samfunnsspeilet 2002-01.
- Statsministerens kontor (2005): "Nyttig møte i kontaktutvalget, sier statsministeren", Pressemelding Nr. 32/2005, 11. februar 2005.
- Swedberg, Richard (2005), The Economic Sociology of Capitalism: An Introduction and Agenda, in: Nee & Swedberg 2005, S. 3-40.
- Tachibanaki, Toshiaki (eds.) (1994): Labour market and economic performance: Europe, Japan and the USA, Basingstoke (Macmillan).
- Tranøy, Bent Sofus, Øyvind Østerud (red.) (2001), Mot et globalisert Norge?: Rettslige bindinger, økonomiske føringer og politisk handlingsrom, Oslo, Gyldendal akademisk.
- Tranøy, Bent Sofus (1999): Losing Credit. The Politics of Liberalisation and Macro-Economic Regime Change in Norway 1980-92. Doctoral Thesis. Department of Political Science, University of Oslo.
- UNDP United Nations Development Programme (2009), Human Development Report 2009, New York. (<http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2009/>).
- Wagner, Hans Jürgen (1979), Zur Analyse von Wirtschaftssystemen. Eine Einführung, Berlin, Heidelberg, New York (Springer).
- Whitley, Richard (ed.) (2002): Competing Capitalisms: Institutions and Economies, Vol I and II.. Critical studies in economic institutions 1, Cheltenham (Edward Elgar Publ.). (330.122).
- Whitley, Richard (1999), Divergent capitalisms: the social structuring and change of business systems, Oxford (Oxford University Press).